

BULLETIN №74 - März 2021

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

Sehr geehrte Mitglieder,

es ist mir eine Freude und Ehre, dass wir in diesem Jahr das 20-jährige Bestehen unserer Vereinigung feiern, die vor vielen Jahren vom ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und Ehrenvorsitzenden der VEM, Lord Henry Plumb, gegründet wurde. Er legte den Grundstein für das, was heute eine erfolgreiche Organisation mit beinahe 800 Mitgliedern ist, die sich auch nach ihrer Amtszeit für die europäischen Werte der Demokratie und der Einheit einsetzen.

In den letzten 20 Jahren haben wir uns für diese Werte engagiert, indem wir den politischen Dialog, den Demokratieaufbau und die aktive Bürgerschaft durch Bildung gefördert haben. Ohne Ihren Einsatz und Ihr Engagement für unsere Vereinigung hätten wir all das, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, nicht geschafft. Nach einem von COVID-19 geprägten turbulenten Jahr müssen wir dennoch weiterhin positiv bleiben. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns die Zeit nehmen, uns an die harte Arbeit zu erinnern, die wir in den letzten Jahren geleistet haben, und die Errungenschaften der VEM feiern. Im Juni wird es eine Sonderausgabe des VEM-Newsletters geben, in dem wir noch einmal auf das zurückschauen, was wir in den letzten 20 Jahren geschafft haben, und einen Blick in die Zukunft werfen. Derweil freue ich mich, Ihnen auf dieser Seite das Logo zum 20-jährigen Bestehen der VEM zu präsentieren, das uns das ganze Jahr über begleiten wird. Wir zählen auf Ihre aktive Mitwirkung an all unseren verschiedenen Veranstaltungen.

Ende letzten Jahres haben wir mit der wissenschaftlichen Unterstützung der Universität KU Leuven und Professor Steven Van Hecke sowie mithilfe der Arbeit einer Reflexionsgruppe bestehend aus erfahrenen und namhaften ehemaligen MdEP eine Initiative zur Förderung der Debatte über die Herausforderungen, denen sich die EU gegenübersteht, gestartet.

Dieser Reflexionsprozess wird auch von unserer Veranstaltungsreihe „Together for the Future of Europe“ (Gemeinsam für die Zukunft Europas) gespeist, die zusammen mit den wichtigsten politischen Stiftungen in Europa und dem Europäischen Hochschulinstitut organisiert wird. Die Veranstaltungsreihe startete im letzten Jahr und wird 2021 weitergehen. Dieser Newsletter enthält vier Artikel der Fachleute, die an der im Dezember 2020 organisierten Veranstaltung zur Information der Bürgerinnen und Bürger über den digitalen Wandel teilgenommen hatten. Die Mitglieder, die nicht an der Diskussionsrunde teilnehmen konnten, können sich das ganze Video auf der [VEM-Website](#) ansehen.

Obgleich wir im Jahr 2021 unser Jubiläum feiern, wird unser Leben doch nach wie vor von der COVID-19-Pandemie bestimmt. In dieser Ausgabe des VEM-Newsletters geht es ganz um die Herausforderungen, die wir im vergangenen Jahr bewältigen mussten, und darum, was wir über COVID-19 wissen sollten. Experten werden über die psychologischen, wirtschaftlichen und allgemeinen Auswirkungen von COVID-19 auf unser Leben und auf die Arbeitsweise der EU-Organe berichten.

Wir alle haben uns ein Stück weit machtlos gefühlt, was uns jedoch nicht davon abgehalten hat, weiter für unsere Werte einzustehen und zu kämpfen. Durch die Online-Organisation unseres Programms „EP to Campus“ konnten wir mit Universitäten auf anderen Kontinenten in Kontakt treten. In diesem Zusammenhang berichten fünf ehemalige Mitglieder über ihre virtuellen Erfahrungen mit „EP to Campus“. Diese Initiative hat unter anderem gezeigt, dass wir als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments innovativ und kreativ sein können und entschlossen sind, diese schwierige Zeit bestmöglich zu bewältigen.

Ich bin stolz auf unsere Fortschritte und freue mich, bald mit Ihnen auf das 20-jährige Bestehen unserer Vereinigung anzustoßen.

Hans-Gert Pöttering

Vorsitzender des VEM

CURRENT AFFAIRS

ZEIT FÜR EIN NEUES EHRGEIZIGES KAPITEL IN DEN TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

Mit der Amtseinführung von Joe Biden beginnt ein neues willkommenes Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und den USA. Wir stimmen Präsident Biden zu, dass viel Wiederaufbau geleistet werden muss – zu Hause und im Ausland. Als EU möchten wir die Partnerschaft zwischen der Union und den USA stärken, die in diesen Zeiten des turbulenten globalen Wandels so wichtig ist.

Wie ich in meiner [Rede](#) im Europäischen Parlament einige Tage nach der Wahl Joe Bidens erklärt habe, ist dies eine Gelegenheit, die wir nicht verpassen dürfen. Präsident Biden hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er insgesamt zu einer Zusammenarbeit mit Verbündeten und einem multilateralen Ansatz zurückkehren will – was eine enge Kooperation mit der EU einschließt. In dieser neuen Phase spielen alle EU-Organe – einschließlich des EU-Parlaments im Rahmen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber – eine entscheidende Rolle.

Der Grund liegt auf der Hand: Nach vier turbulenten Jahren wünscht Europa sich seinen engsten Verbündeten an den Verhandlungstisch der Welt zurück. Der neue Außenminister Tony Blinken und ich haben uns in unserem Gespräch darauf verständigt, dass die EU und die USA am selben Strang ziehen müssen, um dringende globale Probleme lösen zu können. Er wird/hat sich am TT MM mit den EU-Außenministern treffen/getroffen, um detailliert zu besprechen, wie wir unsere Partnerschaft voranbringen können, und um gemeinsame Handlungsprioritäten zu definieren.

Die EU ist bereit. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission habe ich eine umfassende [transatlantische Agenda für den globalen Wandel](#) vorgestellt. Diese erstreckt sich über vier weitgefasste Bereiche: das Einnehmen einer Führungsrolle im Bereich Umweltschutz, die Reaktion auf COVID-19 und die öffentliche Gesundheit, Handel und Technologie sowie globales Handeln und Sicherheit.

In den kommenden Wochen und Monaten wird der Schwerpunkt weiterhin auf der Bekämpfung der Pandemie, der Verteilung von Impfstoffen und einer robusten grünen wirtschaftlichen Erholung liegen. Die Welt ist in diesem Kampf auf amerikanische und europäische Führung angewiesen. Ich freue mich daher, dass Präsident Biden bereits ein Dekret unterzeichnet hat, um den Austritt der Vereinigten Staaten aus der Weltgesundheitsorganisation rückgängig zu machen.

Ähnlich wichtig ist die Entscheidung von Präsident Biden, sich erneut dem Pariser Klimaschutzübereinkommen anzuschließen. Das gemeinsame Vorgehen gegen die Klimakrise steht auf unserer Agenda ganz oben: Zusammen mit meinem Kollegen, dem Exekutiv-Vizepräsidenten Frans Timmermans, und den EU-Außenministern habe ich mit dem neuen US-amerikanischen Klimabeauftragten John Kerry darüber gesprochen, wie wir wieder zusammenarbeiten können, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Wir haben eine transatlantische „Grüne Agenda“ vorgeschlagen, um ehrgeizigere globale Klimaschutzmaßnahmen in die Wege zu leiten. Beginnen wollen wir mit der Verpflichtung, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Hierfür müssen wir eine Allianz für grüne Technologien schmieden, und von fossilen Brennstoffen verabschieden, die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern, einen globalen Regelungsrahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen entwickeln und ärmeren Ländern dabei helfen, sich an den Klimawandel anzupassen. Wir müssen gemeinsam einiges leisten, und wir haben keine Zeit zu verlieren.

Die USA spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, für Frieden und Sicherheit zu sorgen, und zwar auch auf unserem Kontinent und an unseren Grenzen: vom Westbalkan über das östliche Mittelmeer bis hin zur Ukraine und darüber hinaus. Zu unseren größten Prioritäten zählen außerdem die Wiederbelebung der Atomvereinbarung mit Iran und die

Entwicklung eines angemessenen Dialogs, in dessen Rahmen die gesamte Bandbreite an Themen mit Bezug zu China diskutiert werden kann.

Viele amerikanische Regierungen haben betont, dass Europa sich selbst mehr um seine Sicherheit kümmern und als sichernde Kraft agieren müsse. Es ist also von Relevanz, dass wir bereits mit der Stärkung der Verteidigungspolitik, -fähigkeit und -einsätze der EU begonnen haben. Vorzeigeeinitiativen im Bereich der Verteidigung umfassen die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) und die militärische Mobilität. Tatsächlich ist ein starkes und fähiges Europa nicht als Rivale, sondern als Voraussetzung für die transatlantische Allianz zu sehen.

Darüber hinaus ist der Technologiebereich integraler Bestandteil unserer modernen außenpolitischen Agenda. Wir wollen gemeinsam an der Entwicklung und Durchsetzung klarer Regeln in Bezug auf die Verantwortung von Onlineplattformen und Big Tech arbeiten, für gerechte Besteuerung sorgen, Marktverzerrungen angehen und einen gemeinsamen normativen Ansatz für die künftige Entwicklung von Schlüsseltechnologien schaffen. Wir, die wir in „technologischen Demokratien“ leben, müssen eine Antwort auf diese Herausforderungen finden, bevor es zu spät ist.

Die Liste der Themen, an denen es zu arbeiten gilt, ist also lang. Und zu manchen Punkten werden wir weiterhin unterschiedlicher Auffassung sein. Das ist normal. Aber der Ton und die grundlegende Haltung ändern sich mit der Biden-Regierung merklich. Das ist in der Diplomatie ganz entscheidend. Denn der Ton macht die Musik. Machen wir uns an die Arbeit!

Josep Borrell Fontelles

Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Vizepräsident der EU-Kommission

MIT BLICK AUF DIE RECHTE VON FRAUEN UND MINDERHEITEN BIETET DER AUSGANG DER WAHLEN IN DEN USA EINEN HOFFNUNGSSCHIMMER, DOCH IST NOCH EIN WEITER WEG ZURÜCKZULEGEN

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes bereiten sich die USA auf die Vereidigung von Joe Biden und Kamala Harris vor. Die US-Wahlen 2020 mögen äußerst umstritten gewesen sein, aber nach dem Chaos und der Dunkelheit der letzten vier Jahre lässt sich Licht am Ende des Tunnels erkennen. Aus europäischer Sicht steht zu hoffen, dass sich mit der Niederlage Donald Trumps ein Wandel in der internationalen Arbeit der USA ankündigt und dass dies die USA zu einem stärkeren Verbündeten im Kampf gegen COVID-19, den Klimawandel, Ungleichheit und Korruption macht, da dies Probleme sind, die wir weltweit gemeinsam angehen müssen. Der Sturm auf das Kapitol in Washington im Januar hat gezeigt, dass es für die progressiven Kräfte

verfrüht wäre, ihre wachsame Haltung gegenüber Bewegungen der extremen Rechten aufzugeben.

In den vergangenen Jahren kam es zu einer konservativen Gegenbewegung, die sich gegen Frauen, LGBTIQ-Personen und Minderheiten richtete. Von der Einschränkung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen und der Infragestellung des historischen Urteils *Roe v. Wade* über die Beseitigung des Schutzes transgeschlechtlicher Menschen bis hin zu gewalttätigen Angriffen auf und Diskriminierung von Menschen dunkler Hautfarbe haben rechte Kräfte in Amerika mit Trump als Gallionsfigur all jenen das Leben schwer gemacht, die nicht der weißen, männlichen, heterosexuellen Elite angehören. Ähnlich autoritäre Bestrebungen gibt es auch in Europa, wo einige Männer in Führungspositionen alles an den Erhalt ihrer Macht setzen und dabei die Grundrechte aushöhlen.

Die Progressiven nehmen dies nicht schweigend hin. Der Sieg von Biden und Harris (der den Stimmen von [Frauen](#) zu verdanken ist) folgt auf die jahrelange lautstarke Gegenwehr der progressiven Seite, die von Protestmärschen von Frauen gegen Trumps Frauenfeindlichkeit bis hin zu den Aktionen der Black-Lives-Matter-Bewegung gegen Rassismus reichen. Was ihr Engagement für Gleichheit, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, gleichgeschlechtliche Ehen, reproduktive Gesundheit, Gleichheit der Geschlechter und Rechte von Minderheiten angeht, haben Biden und Harris aus Sicht von Feministinnen und LGBTIQ-Aktivistinnen eine erfreuliche Bilanz aufzuweisen. Im Fokus von Bidens [Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter](#) stehen wirtschaftliche Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie der weltweite Schutz und die Stärkung der Stellung von Frauen. Harris, eine ausgesprochen vehemente Kritikerin von Trump, hat den Ausbau der Gesundheitsversorgung und die Verteidigung sexueller und reproduktiver Rechte zu ihren vorrangigen Zielen erklärt.

Ein solcher politischer Einsatz wird dringend benötigt, denn die Frauen Amerikas trugen während der Pandemie die Hauptlast von Arbeitsplatzverlusten, unbezahlter Fürsorgearbeit und dem Einsatz an vorderster Front. Die Patt-Situation im Senat verschafft den Demokraten einen Vorteil, was die Hoffnung fördert, dass einige der Initiativen von Biden und Harris realisiert werden können. Überdies zeichnet sich das Kabinett Bidens durch eine Diversität aus, die in der US-Geschichte einmalig ist, und mit Harris erhalten die USA ihre erste Vize-Präsidenten dunkler Hautfarbe – ein Sieg für die repräsentative Demokratie.

Dennoch gibt es auf dem Weg zu mehr Gleichheit in den USA noch große Herausforderungen zu bewältigen; im Supreme Court hat Trump unmittelbar vor den Wahlen die feministische Ikone Ruth Bader Ginsburg durch die konservative Amy Coney Barrett ersetzt, und es gelang ihm, die Bundesgerichte im ganzen Land mit mehr als 200 konservativen Richtern zu besetzen. Wie sich darüber hinaus bei den Angriffen der Alt-Right-Bewegung auf das Kapitol gezeigt hat,

ist der gesamte politische Dialog in den USA weiterhin von Fanatismus und Hass geprägt. Die tiefen Wunden, die Trumps Präsidentschaft hinterlassen hat, werden nicht über Nacht heilen.

Europa vertraut darauf, dass Biden und Harris die USA wieder auf einen Kurs der demokratischen Führung und der transatlantischen Partnerschaft bringen. Die progressiven Kräfte erwarten von ihnen, dass sie sich daran machen, die Lücken zu schließen, die auf Diskriminierung wegen des Geschlechts oder der Rasse oder auf wirtschaftliche Ungleichheit zurückzuführen sind. Europa muss seine Unterstützung anbieten, die neue Verwaltung aber auch zur Rechenschaft ziehen. Die Frauenbewegung wird dies zweifelsfrei tun. Die neue Präsidentschaft bringt Schwung, aber so lange Hass, Patriarchat und Rassismus in Amerika, Europa oder dem Rest der Welt fortbestehen, ist der Kampf noch nicht gewonnen.

Zita Gurmai

S&D, Ungarn (2003-2014)

gurmaizita@gmail.com

**„NI NEART GO CUR LE CHÉILE“
KEINE STÄRKE OHNE EINHEIT**

Als an Heiligabend die Nachricht von einem Last-Minute-Handelsabkommen verkündet wurde, war in der gesamten EU und in London ein Seufzer der Erleichterung zu vernehmen – der Sturz in den Abgrund, der No-Deal, war vermieden worden. Ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk war das zwar nicht; jedoch sei daran erinnert, dass es bei diesem Deal zwar keine Gewinner gibt, aber mit einem No-Deal-Brexit viel mehr Schaden angerichtet worden wäre. Wir befinden uns in einer misslichen Lage, die von Michel Barnier – dem Leim, der die Einheit der EU zusammenhielt – als „Lose-Lose-Situation“ bezeichnet wurde. Barnier und seinem Team gilt es für seine Gelassenheit und sein Geschick bei der Ausarbeitung dieses Handelsabkommens zu gratulieren. Ohne sein fundiertes Wissen und seine Geduld wären wir jetzt nicht am diesem Punkt angelangt. Er demonstrierte wahrhaftig, dass es „keine Stärke ohne Einheit“ gibt – „*Ní neart go cur le chéile*“.

Als Ire, der als Mitglied des Europäischen Parlaments jahrelang das Friedensprogramm unterstützt hat, kann ich sagen, dass das „Austrittsabkommen“ entscheidend für den Frieden sowie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf der irischen Insel sowohl im Norden als auch im Süden war, und für die Hoffnung, dass wir die dunklen Tage der Vergangenheit hinter uns gelassen haben. Es sind Menschen und nicht Grenzen, die wir brauchen, um Frieden zu schaffen. Der neue Status, der Nordirland nun gewährt wurde, könnte in der nahen Zukunft den Weg für ein vereintes Irland und die potenziell damit einhergehenden Vorteile ebnen. Ich begrüße die Entscheidung der irischen Regierung ausdrücklich, Studierenden in Nordirland den Zugang zu ERASMUS weiterhin zu ermöglichen – ein großartiges Programm, von dem Studierende in der gesamten EU profitieren. Meiner bescheidenen Meinung nach wird die britische Regierung den Rückzug aus dem ERASMUS-Programm in Zukunft bereuen, da diese

Entscheidung möglicherweise vielmehr auf falschen Tatsachen als auf den tatsächlichen Vorteilen des Studentenaustauschprogramms gründet.

Geopfert für dieses neue Handelsabkommen wurden bedauerlicherweise ein weiteres Mal unsere Fischer- und Küstengemeinschaften. Das Vereinigte Königreich ist stark auf die Ausfuhr von Fischereierzeugnissen in die EU angewiesen und es ist bedauernswert, dass wir nicht in der Lage waren, die zusätzlichen Quotenanteile zu sichern, die für diese Gemeinschaften eine tragfähigere „Anlandung“ ermöglicht hätten. Die EU muss nun ein Paket ausarbeiten, um Innovationen zu fördern und den Wert des künftigen Fangs zu steigern.

Der Schock des Brexit-Referendums vor viereinhalb Jahren war und ist nach wie vor ein Weckruf für die EU. Wir müssen die Menschen in den Regionen und Städten Europas besser erreichen und mit ihnen kommunizieren. Wir müssen ihre Bedürfnisse stärker berücksichtigen und schneller darauf reagieren. Einzelne Organe, die immer nur ihre eigene Arbeit fördern – etwas, was ich als „Nabelschau“ bezeichnen würde, – anstelle einer Zusammenarbeit aller EU-Organen – das hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird auch in der Zukunft nicht funktionieren.

Der Verhandlungsprozess über den Austritt des Vereinigten Königreichs belegte deutlich den gewaltigen Verlust eines geschätzten Partners für die EU, noch viel mehr jedoch den tragischen Verlust der mit der EU-Mitgliedschaft einhergehenden Vorteile für das Vereinigte Königreich. Ich hege die Hoffnung, dass die jungen Generationen in der EU und im Vereinigten Königreich, in die wir große Hoffnungen setzen, eine größere und tiefgründigere Vision für unsere Zukunft entwickeln werden, vergleichbar mit jener von Schuman und Monnet zu Beginn des europäischen Traums.

Brian Crowley

Irland, UEN, EDA, UFE, ALDE, EKR (1994-2019)

brian.crowley@hotmail.com

WIE ES ZUM RBEXIT KAM

Der Brexit kam zustande, weil im Parlament eine Pattsituation bestand, pro-europäische politische Parteien im Vereinigten Königreich bedauerliche Entscheidungen trafen und für britische Parlamentswahlen kein Verhältniswahlsystem gilt. Ende 2019 standen zwei Optionen zur Disposition: Parlamentswahlen oder ein zweites EU-Referendum, das sogenannte „People’s Vote“, für das ich zwei Jahre lang gekämpft hatte.

Kurz vor Erreichen einer Mehrheit für ein zweites Referendum im Parlament erteilten die internationalistischen Liberal Democrats – die laut Umfragen damit rechnen konnten, zu ihren 11 vorhandenen Abgeordneten fast 200 Sitze hinzuzugewinnen – und die nationalistischen, aber pro-europäischen Abgeordneten der Scottish National Party, die ebenfalls erwarteten,

weitere Sitze zu gewinnen (sie verbesserten ihre Position um 13 auf insgesamt 48 Abgeordnete) ihre Zustimmung zu Neuwahlen.

Infolge dieser Entscheidung und aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts mit Einmandatswahlkreisen, das die Mehrheitsverhältnisse verzerrt, gewann Boris Johnsons konservative Partei eine Mehrheit von 80 Sitzen der insgesamt 650 Abgeordneten im Unterhaus und forderte den endgültigen Brexit-Vollzug ein. Mit seiner Entscheidung, in 317 Wahlkreisen die Kandidaten der Brexit-Partei zugunsten der Konservativen zurückzuziehen, spielte dabei auch der ehemalige MdEP Nigel Farage eine wesentliche Rolle. Nahezu 52 Prozent der Wähler unterstützten Parteien, die für ein zweites Referendum eintraten, während 47 Prozent der Stimmen auf die Parteien entfielen, die den Brexit befürworteten.

Obwohl Farage einen Monat vor dem EU-Referendum im Juni 2016 hatte verlautbaren lassen, dass er bei einem Resultat von 52 gegen 48 Prozent die Angelegenheit als nicht erledigt betrachten würde, nahm er das Ergebnis an.

Bei Sondierungen, die seit der Volksabstimmung wöchentlich von der Meinungsforschungsinstanz YouGov durchgeführt wurden, wurde die Frage „Sind Sie rückblickend der Meinung, dass es für Großbritannien richtig oder falsch war, dem Austritt aus der Europäischen Union zuzustimmen?“ regelmäßig in zweistelliger Höhe mit „Falsch“ beantwortet.

Angesichts dieser Sachlage beschloss ein pro-europäisches Forum, dem mehr als 100 Akademiker, Journalisten, Parlamentarier und Aktivistenorganisationen angehörten und das seit 2017 von mir koordiniert wurde, zu Beginn des Jahres 2018, ein Medienzentrum zu gründen und für ein zweites EU-Referendum zu kämpfen. Alastair Campbell, Medienberater von Tony Blair zu Zeiten, als dieser Premierminister war, wurde zum ehrenamtlichen Chefredakteur ernannt. Seiner Aussage nach begann die Kampagne für die zweite Volksabstimmung im Ernst, nachdem der Mode-Millionär und Mitbegründer des Bekleidungsunternehmens Superdry Julian Dunkerton mir die erste Spendenmillion (ca. 1,1 Mio. EUR) zugesagt hatte. Damit fanden sich mehrere pro-europäische Kampagnen in einer zentralen Leitstelle zusammen, die mit überwiegend jungem, engagiertem Personal besetzt war. Allerdings war die Zahl der Abgeordneten, die sich offen für ein zweites Referendum aussprachen, anfangs gering; sie hätten laut Campbell allesamt in einem Taxi Platz gehabt.

Der Vorschlag für eine zweite Volksabstimmung wurde dem Unterhaus erstmals im März 2019 zusammen mit einem Antrag auf Fristverlängerung nach Artikel 50 vorgelegt und mit 334 zu 85 Stimmen abgelehnt, wobei sich die Labour Party – von 43 ihrer Abgeordneten abgesehen – enthielt.

Nach beeindruckend großen Demonstrationen für ein zweites Referendum – die letzte davon zählte über eine Million Beteiligte, die bei einem friedlichen Marsch zum Parliament Square in London strömten – und einer geschickten Lobbykampagne, die darauf abzielte, die Labour Party zum Umdenken zu bewegen, fehlten der Initiative für ein zweites Referendum im Oktober 2019 nur noch 14 Stimmen.

Am gleichen Wochenende, an dem sich die 10 Abgeordneten der Ulster Unionist Party, die sich vehement gegen einen Verbleib von Nordirland im EU-Binnenmarkt zur Wehr gesetzt hatten, und eine Handvoll pro-europäischer Konservativer, die bereit waren, das zweite Referendum zu unterstützen, um das Patt im Parlament zu überwinden, zusammentaten, kam die Ankündigung der Neuwahlen. Damit war die Kampagne für das „People’s Vote“ zu Fall gebracht.

Edward McMillan-Scott

Vorstandsmitglied des VEM

Vereinigtes Königreich, EKR, ALDE, EVP (1984-2014)

edward@emcmillanscott.com

**KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI) KÖNNTE DAS SEIN,
WAS WIR UNS VON IHR WÜNSCHEN**

Wir leben in einer Zeit, in der sogar das Europäische Parlament, das Haus der Demokratie, buchstäblich seine Türen schließen und den MdEPs und den Bediensteten die Möglichkeit zur Telearbeit bieten musste.

Als europäische Bürgerinnen und Bürger möchten wir, dass digitale Daten als Quelle der KI uns allen zugutekommen – ob am Arbeitsplatz oder zu Hause. Während der Pandemie und des Lockdowns ging das Leben für uns weiter – und zwar über digitale Kommunikationskanäle. Das COVID-19-Virus hat unsere Gewohnheiten und unser Sozialleben auf den Kopf gestellt.

Ein digitales Europa ist eine der fünf Prioritäten der EU für die kommenden fünf Jahre. Da die digitale Technologie in allen Lebensbereichen eine immer wichtigere Rolle einnimmt, sollten die Menschen ihr vertrauen können. In dieser digitalen Wirklichkeit müssen wir unseren Blickwinkel ändern und die positiven Auswirkungen der KI auf unser tägliches Leben sehen.

Die Europäische Kommission hat ihr Weißbuch mit dem Titel „Zur Künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen“ veröffentlicht. Das Parlament hat über die

ethischen Aspekte von KI-Vorschriften diskutiert und diesbezüglich über 200 Änderungsanträge abgestimmt.

Es ist wichtig, eine konsequente Umsetzung ethischer Regeln im Gesundheitssektor sicherzustellen.

Die Reaktion auf die aktuelle Gesundheitskrise beruhte in vielerlei Hinsicht auf Daten und Informationen, die von KI-Algorithmen verwendet wurden, um das Virus besser verstehen und seine Ausbreitung besser nachvollziehen zu können.

Der Austausch von Gesundheitsdaten zwischen den Ländern wird für die weitere Bekämpfung von COVID-19 von entscheidender Bedeutung sein. Durch die gemeinsame Datennutzung konnten Wissenschaftler genetische Sequenzen des Virus austauschen, um die Art und Weise seiner Ausbreitung nachzuvollziehen, konnten Ärzte lernen, die Symptome der Krankheit zu erkennen und konnten sich Krankenhäuser über die bestmögliche Behandlung des Virus austauschen.

Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus hat sich der Übergang zur Telearbeit und zum Fernunterricht unter Verwendung von KI beschleunigt. Für die meisten Arbeitsstellen werden in Zukunft zumindest grundlegende Computerkenntnisse erforderlich sein, weshalb das Bildungssystem auf diese Anforderungen ausgerichtet werden muss.

KI hat aber auch Schattenseiten. Wissenschaftler entwickeln KI nicht, damit diese anschließend missbräuchlich genutzt wird. Sie wollen keine Plattformen für Fake News schaffen. Fake News erzeugen falsche Vorstellungen, führen Bürgerinnen und Bürger somit in die Irre und unterminieren unsere Demokratien.

Privatsphäre und Datenschutz werden durch Cyberattacken bedroht, bei denen personenbezogene Daten missbraucht werden. Als Bürger und Verbraucher fürchten wir uns davor, dass ein anderer die Kontrolle über uns haben könnte. Deshalb müssen wir über diese Fragen sprechen, um zu lernen und Vertrauen zwischen uns allen aufzubauen. Nicht alle Aspekte unseres Lebens können gesetzlich geregelt werden. Es ist jedoch möglich, eine feinfühligere und ethischere Gesellschaft zu schaffen.

Wir konnten die Zukunft vorhersagen, doch es ist in der Tat sehr schwierig vorherzusagen, welche Auswirkungen KI auf unser Leben haben wird. Mit Wissen, Bewusstsein und Vertrauen seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie mit Politikern, die hohe ethische Standards haben, könnte künstliche Intelligenz das sein, was wir uns von ihr wünschen.

Zofija MAZEJ Kukovič

Vorstandsmitglied des VEM

EVP-ED, Slovenien (2011-2014)

zofija.mazejkukovic@gmail.com

DER NEUE ELAN EUROPAS SEIT 2020

Wie stellt sich die Lage der Europäischen Union seit ihrer Erweiterung im Jahr 2004 dar? Ein Wirtschaftsmarkt ohne politische Macht, ein originelles Modell, das durch die Deregulierung, die von einer Europäischen Kommission unter angelsächsischem Einfluss verordnet wurde, stetig zersetzt wurde, ständige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten... Ein Europa widersprüchlicher einzelstaatlicher Strategien im Umgang mit Migration, ein Europa, das durch Defizite, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichgewichte und Innovationsrückstand gekennzeichnet war,

ein „hilfloses“ Europa der Verteidigung, ohne Gesicht und ohne Identität,

ein Europa, das nicht europäischer wurde, sondern leider eine immer stärkere Amerikanisierung erfuhr.

Und dann kam das Jahr 2020 und hat uns gezeigt, dass sich die Europäische Union verändert hat. Zum Besseren!

Zugegebenermaßen haben in den vergangenen vier Jahren verschiedene Ereignisse stattgefunden, die als Auslöser dieses neuen europäischen Elans gelten können: Die Präsidentschaft Donald Trumps und der politische und militärische Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa und der Welt, der Aufstieg Chinas und Russlands, der Brexit, die Bedrohung durch den Terrorismus, die COVID-19-Pandemie und der Expansionismus Recep Erdoğans.

Angesichts ihrer zahlreichen Probleme hätte sich die EU aber auch weiterhin ihrer Schwächung und ihrem allmählichen Versinken in globaler Bedeutungslosigkeit hingeben können.

Doch schließlich hat sich unter der Führung der „2M“, Merkel und Macron, der politische Wille gezeigt und durchgesetzt, sich dieser Schwächung zu widersetzen und die Wiederbelebung des europäischen Projekts einzuleiten.

Tatsächlich haben Krisen die EU in ihrer Geschichte bislang immer vorangebracht: Auch wenn diese Krisen sie manchmal zunächst geschwächt haben, so ist sie letztendlich immer gestärkt aus ihnen hervorgegangen.

Die EU hat in nur wenigen Monaten bedeutende Fortschritte erzielt. Diese gehen so weit, dass man sogar von einer „europäischen Revolution“ sprechen könnte!

Die Gesundheitskrise, von der die Mitgliedstaaten der EU und die übrige Welt gleichermaßen betroffen sind, hat das Gefühl der Zugehörigkeit zur Union unter den Bürgern verstärkt und die Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten soweit aktiviert, dass die Haushaltsdogmen, die für die Lenkung der EU bislang maßgeblich waren, fallen gelassen wurden.

So wurde das Programm, das die EU zu ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Erholung aufgelegt hat, mit 750 Mrd. EUR ausgestattet, um die Mitgliedstaaten angesichts der Pandemie und ihrer Folgen zu unterstützen. Es handelt sich dabei um die bedeutendste Finanzhilfe seit dem Marshallplan im Jahr 1948.

Obwohl die Gesundheit nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt, hat die EU eine Gesundheitsbehörde eingerichtet, die damit beauftragt wurde, Millionen Dosen der Impfstoffe Pfizer und Moderna zu kaufen, um einen gleichzeitigen Start der Impfkampagne in allen Mitgliedstaaten am 27. Dezember 2020 zu ermöglichen.

Im Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland hat die EU ihre Solidarität bekundet und schließlich anerkannt, dass die Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan eine tatsächliche Bedrohung für den Mittelmeerraum bedeutet.

Die Brexit-Verhandlungen, die kurz vor Weihnachten abgeschlossen wurden, haben durch ihre Langwierigkeit und Komplexität die Entschlossenheit und Einheit der Mitgliedstaaten auf die Probe gestellt.

Und stellt die aus Sondereinsatzkräften der Mitgliedstaaten bestehende Takuba-Taskforce, die in der Sahelzone zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus eingesetzt wurde und seitdem zunehmend an Bedeutung gewinnt, nicht eine künftige europäische Armee im embryonalen Stadium dar?

Die EU hat all diesen Herausforderungen, diesen aufeinanderfolgenden Krisen, die ihr endgültiges Ende einzuleiten schienen, die Stirn geboten.

Um dem skandalösen Verhalten der Unternehmen Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft (GAFAM) Einhalt zu gebieten und europäisches Recht durchzusetzen, hat sie am 15. Dezember 2020 zwei Verordnungsentwürfe vorgeschlagen, mit denen die digitalen Riesen gezähmt werden und eine „europäische digitale Verfassung“ geschaffen werden soll.

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Folgen, die die COVID-19-Pandemie für die Menschen in der Union ab 2021 haben wird, steht der EU ohne Zweifel das Schwierigste noch bevor.

Doch in den vergangenen von Widrigkeiten geprägten Monaten hat die EU solche weitreichenden Entscheidungen getroffen, dass wir nur gestärkt in unserem Glauben an die Zukunft Europas nach vorn blicken können.

Michel-Ange Scarbonchi

Frankreich, ERA, SPE, GUE/NGL (1997- 1999 & 2001-2004)

mscmonde@gmail.com

FOCUS

DER AUFBAUPLAN FÜR EUROPA

Der Stand der Dinge

Durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben sich die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Jahre in der Europäischen Union und weltweit verändert. Mehr denn je sind Investitionen und Reformen erforderlich, um für Konvergenz und eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu sorgen. Mit Reformen und Investitionen in die gemeinsamen Prioritäten der EU – also ökologische, digitale, soziale und geografische Resilienz – wird ein Beitrag dazu geleistet werden, Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum zu schaffen und gleichzeitig unsere Volkswirtschaften zu modernisieren. Diese Reform- und Investitionsanstrengungen werden es der Union ermöglichen, den Aufbau auf ausgewogene, vorausschauende und nachhaltige Weise zu bewältigen. Durch die Krise und die unterschiedlichen Maßnahmen, mit denen die Mitgliedstaaten darauf reagiert haben, besteht die Gefahr, dass die regionalen Ungleichheiten zunehmen. Daher müssen bei den nationalen Aufbauplänen regionale und lokale Interessenträger einbezogen und die territoriale Dimension berücksichtigt werden.

Die Kohäsionspolitik in Aktion

Im Frühling 2020 konnte durch die Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII und CRII+) umgehend mit Sofortmaßnahmen auf die Pandemie reagiert werden. Mit diesen Initiativen wurde eine außerordentliche Flexibilität eingeführt, sodass Fördermittel der Kohäsionspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten an die Empfänger umgeleitet werden konnten, die sie am dringendsten benötigten: das Gesundheitswesen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Kleinunternehmen.

Insgesamt wurden bisher etwa 20 Mrd. EUR an Fördermitteln der Kohäsionspolitik neu zugewiesen, um die Krise zu bewältigen. Da die wirtschaftlichen Tätigkeiten durch die Einschränkungen erheblich beeinträchtigt wurden, wurde der größte Teil der Unterstützung

(über 11 Mrd. EUR) dafür eingesetzt, angesichts rückläufiger und häufig sogar völlig ausbleibender Einnahmen KMU zu helfen, sich über Wasser zu halten und ihre Rechnungen zu begleichen. Allein in Italien wurden Unternehmen mit 3 Mrd. EUR unterstützt, gefolgt von Griechenland mit 1,3 Mrd. EUR. Das Gesundheitswesen wurde mit ca. 7 Mrd. EUR unterstützt. In dieser Summe sind über 3,2 Mrd. EUR für die Anschaffung von Beatmungsgeräten, Masken und Tests sowie für die direkte Unterstützung von Menschen enthalten, einschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und schutzbedürftiger Gruppen. Da die Herausforderungen der Pandemie nach wie vor bestehen, werden fortlaufend neue Maßnahmen getroffen.¹

Zusätzlich zu dieser ersten Reaktion werden die Fördermittel der Kohäsionspolitik 2014–2020 im Anschluss an die Soforthilfe im Rahmen des Kohäsionsfonds durch REACT-EU mit einer beträchtlichen Mittelausstattung in Höhe von 47,5 Mrd. EUR aufgestockt. Die Finanzierung erfolgt über das vor Kurzem vereinbarte Aufbauinstrument der Europäischen Union „NextGenerationEU“, das mit 750 Mrd. EUR ausgestattet ist und mit dem die EU die Möglichkeit hat, an den Kapitalmärkten zusätzliche Finanzmittel aufzunehmen, um in den ersten Jahren nach der Pandemie für eine Erholung zu sorgen.

Mit REACT-EU werden die erfolgreichen Maßnahmen im Rahmen der CRII fortgeführt und dabei die langfristigen Investitionen in die Kohäsion mit den Anstrengungen zur Krisenbewältigung in Einklang gebracht: Stärkung der Resilienz von Gesundheitssystemen, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft und Bereitstellung von Betriebskapital sowie Investitionsförderung für KMU.

Mit REACT-EU werden die zukunftsfähigen Fundamente des digitalen Wandels und des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft sowie einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung weiter untermauert, die mit dem neuen langfristigen EU-Haushalt von über 1 Billion EUR unterstützt werden, von denen 350 Mrd. EUR für kohäsionspolitische Investitionen vorgesehen sind. Im Laufe der nächsten sieben Jahre wird mit dem Fonds für regionale Entwicklung Regionen insbesondere dabei geholfen, im Einklang mit den klima- und wettbewerbspolitischen Prioritäten der EU die Ziele in den Bereichen Umwelt und Digitalisierung zu erreichen, während mit dem Fonds für einen gerechten Übergang, der speziell auf Regionen ausgerichtet ist, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, dafür gesorgt wird, dass niemand abgehängt wird.

Reformen – das Herzstück der Erholung

¹ Aktuelle und ausführliche Informationen, aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaat und Art der Unterstützung, sind auf der offenen Datenplattform der ESI-Fonds auf der Webseite zur CRII verfügbar: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/stories/s/CORONAVIRUS-DASHBOARD-COHESION-POLICY-RESPONSE/4e2z-pw8r/>

Die Kommission betont, dass für die Erholung der EU ergänzend zu den oben beschriebenen Maßnahmen Reformen durchgeführt werden müssen, bei denen die zentrale Komponente von „NextGenerationEU“ genutzt werden soll: die Aufbau- und Resilienzfazilität.

Diese Fazilität umfasst eine umfangreiche finanzielle Unterstützung sowohl für Investitionen als auch Reformen. Insbesondere werden damit der Übergang zu einer grünen Wirtschaft und der digitale Wandel unterstützt, mit denen die Volkswirtschaften der EU-Staaten widerstandsfähiger und besser auf die Zukunft vorbereitet werden. Diese Unterstützung wird in Höhe von 672,5 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt. Um im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität Zuschüsse und Darlehen abrufen zu können, arbeiten die Mitgliedstaaten nationale Aufbau- und Resilienzpläne aus. In diesen Plänen müssen substanzielle Reform- und Investitionsanstrengungen dargelegt werden, mit denen die Mitgliedstaaten ihre Situation in folgenden Bereichen verbessern:

- Übergang zu einer grünen Wirtschaft
- Digitaler Wandel
- Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, darunter wirtschaftlicher Zusammenhalt, Arbeitsplätze, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie ein gut funktionierender Binnenmarkt mit starken KMU
- Sozialer und territorialer Zusammenhalt
- Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz, auch im Hinblick auf die Erhöhung der Krisenreaktionsfähigkeit und der Krisenvorsorge
- Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche, einschließlich Bildung und Kompetenzen

Bei diesen Anstrengungen muss vor allem dafür Sorge getragen werden, dass die Mitgliedstaaten über die notwendige institutionelle und verwaltungstechnische Kapazität verfügen, um die Reformen und Investitionen zu entwickeln bzw. umzusetzen, die unerlässlich sind, um die Resilienz zu fördern und die nationale, regionale und lokale Erholung stützen.

Die Kommission kann den Mitgliedstaaten mit einem spezifischen Instrument für technische Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von wachstumsfördernden Reformen helfen, auch durch den Aufbau der dafür erforderlichen Verwaltungskapazität. Ebenso kann sie die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne unterstützen.

Ein Blick in die Zukunft

Am Ende des Tunnels ist Licht zu sehen, denn dank der Durchbrüche bei den Impfstoffen können die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den kommenden Monaten immer besser geschützt werden. Die Mitgliedstaaten werden CRII, REACT-EU, die Aufbau- und Resilienzfazilität sowie das Instrument für technische Unterstützung weiterhin bestmöglich nutzen, sodass wir aus der COVID-19-Pandemie stärker hervorgehen werden und uns zuversichtlich der Bewältigung der Klimakrise zuwenden können. Wenn wir dann später die Geschichte der EU während der COVID-19-Pandemie erzählen, wird diese von Solidarität, Reformen und Zusammenhalt handeln, von einer Zeit, in der die EU eine gemeinsame Anstrengung unternahm, um ein wohlhabenderes, digitales und grünes Europa zu schaffen.

Elisa Ferreira

EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen

WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN DER COVID-19 PANDEMIE UND AUFBAUPLAN

Die COVID-19-Pandemie löste eine beispiellose Wirtschaftskrise aus. Nach Einschätzung von Ökonomen übersteigen deren Ausmaße alles, was Europa in der Nachkriegszeit erlebt hat. Zum Ersten kam die Krise insofern unerwartet, als niemand eine Pandemie als unmittelbare Gefahr betrachtete. Zum Zweiten traf die Krise alle Mitgliedstaaten gleichzeitig und löste somit einen symmetrischen Schock in der EU-Wirtschaft aus. Die Auswirkungen auf die einzelnen Volkswirtschaften waren jedoch unterschiedlich. Zum Dritten lähmte die Pandemie Wirtschaftszweige wie das Transportwesen, den Fremdenverkehr und die Unterhaltungsbranche, verhalf aber anderen, wie digitalen Diensten und Lieferdiensten, zu Höhenflügen. Zum Vierten folgte aus der Unsicherheit in Bezug auf eine medizinische Lösung der Pandemie die wirtschaftliche Unsicherheit hinsichtlich Dauer und Folgen der Krise. Zum Fünften wurde durch COVID-19 eine Krise ausgelöst, die eine starke Reformwirkung entfaltet, und bei der Erholung sollte nicht von einer Rückkehr zur Situation vor der Krise ausgegangen werden. Der vermehrte Einsatz digitaler Technologien wird mit Blick auf das Wesen der Arbeit, das Privatleben und öffentliche Systeme wie das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Verwaltungsdienstleistungen usw. einen enormen und dauerhaften Wandel anstoßen. Dies impliziert, dass unsere Bemühungen zur Überwindung der Krise nicht darauf abzielen sollten, zu Altbekanntem zurückzukehren, sondern dass wir einen Entwicklungssprung anvisieren und die Gesellschaft auf das nächste Evolutionsstadium vorbereiten sollten.

Die außergewöhnlichen Ursachen dieser Krise erforderten innovative Lösungen. Es war notwendig, rasche, wirkungsvolle, EU-weit einheitliche und zukunftsweisende Maßnahmen umzusetzen. Noch immer wissen wir nicht, wie sich die Pandemie samt ihren Folgen weiterentwickeln wird. Dennoch wissen wir sehr viel mehr als im März/April 2020, als die Führungskräfte und Institutionen der EU gezwungen waren, zu reagieren. Nachdem wir nun über mehrere Monate Erfahrungen gesammelt haben, können wir sagen, dass die EU

rechtzeitig, entschlossen und zielgerichtet auf die drohende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise reagiert hat.

Gleich zu Beginn der COVID-19-Krise zeichnete sich ab, dass die Regierungen enorme finanzielle Ressourcen würden mobilisieren müssen, um wesentliche Produktions- und Lieferketten zu schützen und gegen einen drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut vorzugehen. Dabei war Eile geboten. Und eine Reaktion auf europäischer Ebene war notwendig. Die Alternative – Einsatz bekannter Instrumente, in erster Linie einzelstaatliche Bemühungen – würde den Ruin der Volkswirtschaften sowie grassierende Arbeitslosigkeit und Armut nach sich ziehen. Der Zerfall des Euro-Währungsgebiets wäre vorprogrammiert und sogar der Fortbestand der EU wäre fraglich. Angesichts dieser Risiken war unübersehbar, dass das Vorgehen auf EU-Ebene überzeugende Vorteile gegenüber möglichen einzelstaatlichen Alternativen bot.

Bereits im März ergriff die EU als Reaktion auf die sich abzeichnende Wirtschaftskrise Sofortmaßnahmen, indem sie praktisch alle Beschränkungen bezüglich staatlicher Hilfen und öffentlicher Ausgaben aufhob und ungenutzte Mittel aus dem Ende 2020 auslaufenden mehrjährigen Finanzrahmen mobilisierte. Die Stützungsmaßnahmen der Regierungen in den ersten beiden Monaten der Krise beliefen sich auf 2 Bio. EUR. Die Lockerung der Finanzpolitik war die schnellste Lösung, um Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu verschaffen, immense Summen für die Minderung der unmittelbaren Folgen der Krise zu mobilisieren. Die betreffenden Mittel wurden überwiegend zur Rettung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt bestimmter kritischer Einkommensverhältnisse verwendet. Dank der konsequenten Politik der EZB und der Schaffung neuer Instrumente wie SURE war es den Mitgliedstaaten möglich, die Risiken eines wachsenden Zinsgefälles erfolgreich zu mindern.

Ende 2020 einigte sich die EU erfolgreich auf den nächsten MFR und in Verbindung damit auf einen immensen Aufbauplan mit einem kombinierten Volumen von 1,84 Bio. EUR. Drei Meilensteine sollten im Zusammenhang mit dieser Entscheidung Beachtung finden. Erstens stellt die EU den Mitgliedstaaten Geldsummen in historisch einmaliger Höhe zur Verfügung. Zweitens stammt ein erheblicher Teil dieser Mittel aus von der Kommission emittierten Schuldtiteln, wodurch bestmögliche Marktkonditionen gewährleistet sind. Drittens erklärten sich die Mitgliedstaaten mit der Einführung neuer Eigenmittel einverstanden, um die Rückzahlung der Schulden zu finanzieren. Diese Entscheidungen werden sich langfristig auf die EU-Integration auswirken.

Abschließend ist noch auf eine weitere wichtige Tatsache hinzuweisen, denn die beispiellosen EU-Finanzaufwendungen sind mit Bedingungen verknüpft: Die Mitgliedstaaten werden nicht nur verpflichtet sein, ihre Volkswirtschaften zu erneuern und zu konsolidieren. Sie werden auch voranschreiten und die ehrgeizigen Ziele des Grünen Deals und des digitalen Wandels umsetzen müssen. Wir müssen anerkennen, dass der Einsatz der EU, den diese unter dem

Druck einer Krise ohnegleichen gezeigt hat, für ihre Bürgerinnen und Bürger von Erfolg gekrönt war.

Ivailo Kalfin

S&D, Bulgarien (2009-2014)

ikalfin@gmail.com

VERFÜGBARE ARZNEIMITTEL FÜR SCHWERE CORONAVIRUS-ERKRANKUNGEN (COVID-19)

Die anhaltende COVID-19-Pandemie bzw. das durch das Coronavirus 2 (SARS-CoV-2) verursachte schwere akute Atemwegssyndrom hat weltweit ernste Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Gesundheit hervorgerufen. Sie hat in ganz Europa und weltweit zu einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Notstand geführt, den Zusammenbruch von Gesundheitssystemen nach sich gezogen und nachhaltige geopolitische und wirtschaftliche Veränderungen ausgelöst. Milliarden von Menschen unterliegen strikten Lockdown-Maßnahmen. Bis die Impfprogramme greifen, lässt sich das Virus bislang nur über soziale Distanzierung wirksam an seiner Verbreitung hindern.

Die überwiegende Mehrheit der mit COVID-19 infizierten Menschen wird dank Ruhe und Versorgung mit ausreichend Flüssigkeit zu Hause gesund. Mit Arzneimitteln wie Acetaminophen (auch als Paracetamol bekannt) kann das Fieber gesenkt und Schmerzen gemildert werden. In einigen Ländern haben die Gabe von Bamlanivimab und eine Kombination aus Casirivimab und Imdevimab eine Notzulassung für Menschen erhalten, die nicht stationär behandelt werden, aber Gefahr laufen, einen schweren COVID-19-Verlauf zu entwickeln. Diese Arzneimittel können das Risiko einer stationären Behandlung und von Besuchen in der Notaufnahme verringern, indem sie das Spike-Protein des Virus angreifen und die Fähigkeit des Virus, menschliche Zellen anzugreifen und in diese einzudringen, reduzieren.

Ein Symptom bei schweren COVID-19-Verläufen ist eine anormale systemische Entzündung bzw. *Hyperinflammation*, auch „Zytokinsturm“ (CRS) genannt. Eine der dringendsten medizinischen Herausforderungen besteht darin, die vom CRS ausgelösten Veränderungen zu minimieren, ohne die Wirksamkeit der Therapie zu verringern. Für die Auslöschung von SARS-CoV-2 sind insbesondere antivirale Immunantworten (an denen Entzündungsmediatoren beteiligt sind, die beim CRS auftreten) von Bedeutung. Werden der Zeitpunkt der Behandlung und der Kontext der Erkrankung nicht berücksichtigt, kann es folglich sein, dass die Behandlung des CRS bei bestimmten Patientengruppen nicht wirksam ist. *Insbesondere ältere Männer erkranken schwerer an COVID-19 und die Mortalitätsrate ist höher als bei Frauen.*

Entzündungs- und Infektionserkrankungen wirken sich stark auf die Pharmakokinetik aus und verändern die Aufnahme, Verteilung, Verstoffwechselung und Ausscheidung von

Arzneimitteln. Beispielsweise kann Hypalbuminämie die Serumkonzentration des Arzneimittels im Verhältnis zur täglichen Dosis erhöhen, was zu einer Überdosierung führt. Darüber hinaus werden durch eine Entzündung zahlreiche Enzyme verringert, die das Arzneimittel verstoffwechseln. Bei Tieren scheinen die Auswirkungen von Entzündungen auf Enzyme vom Geschlecht und vom Enzym abzuhängen. Allerdings wissen wir noch nicht, ob das Geschlecht diesen Prozess beim Menschen beeinflusst.

Leider sind trotz verzweifelter Entwicklungsbemühungen keine spezifischen Arzneimittel zur Bekämpfung dieser Pandemie verfügbar. Daher kommt eine andere Form der Arzneimittelentdeckung zum Tragen: *Verfügbare Arzneimittel wurden umfunktioniert, um Forschungszeiten und -kosten zu verringern*, einschließlich in Bezug auf pharmakokinetische Tests und Studien zu Sicherheitsprofilen.

Wir fragen uns daher,

1. *ob die Pharmakokinetik bei gesunden Menschen oder Menschen ohne schwere Entzündungsreaktion auf Patienten mit COVID-19 übertragbar ist,*
2. *ob ein Drug Repurposing das Geschlechtergefälle in der Medizin zementiert.* Die Zeiten ändern sich zwar langsam, aber klinische Studien sind immer noch stark auf Männer ausgerichtet. Es gibt also große Informationslücken in Bezug auf Frauen, während es nur relativ wenige Fälle gibt, in denen Informationen zu Männern fehlen (z. B. bei Arzneimitteln für Autoimmunerkrankungen). Insbesondere fallen Entzündungen bei männlichen Patienten im Vergleich zu weiblichen Patienten schwerer aus und – wie oben erwähnt – erkranken ältere Männer schwerer an COVID-19 als ältere Frauen und sie weisen darüber hinaus eine höhere Mortalitätsrate auf.

Es kann daher spekuliert werden, dass dies zur Erzeugung eines Geschlechtsdimorphismus in der Pharmakokinetik von COVID-19-Behandlungen beiträgt. Bei der Betrachtung von klinischen Studien zu COVID-19 zeigt sich, dass das Geschlecht kaum berücksichtigt wurde, i) obwohl die Schwere der Erkrankung und die Mortalitätsrate bei älteren Männern höher sind als bei älteren Frauen, ii) trotz bekannter Geschlechtsunterschiede bei der Immunfunktion, iii) trotz Geschlechtsunterschieden bei den pharmakokinetischen Parametern. Darüber hinaus wurden stillende und schwangere Frauen bei den Impfstudien nicht berücksichtigt. Dennoch ist es laut dem US-amerikanischen Centre for Disease Control and Prevention, dem American College of Obstetricians and Gynecologists und der Society for Maternal-Fetal Medicine sicher, stillende und schwangere Frauen mit mRNA-Impfstoff gegen COVID-19 zu immunisieren.

Aus meiner Sicht bietet die durch COVID-19 entstandene Notsituation neue Chancen, wenn wir uns entscheiden, in der Forschung und in der klinischen Praxis einen geschlechtersensiblen Ansatz zu wählen, um die Versorgung für alle zu optimieren.

Prof. Flavia Franconi

Direktorin des Nationalen Labors für geschlechtsspezifische Medizin und Pharmakologie des INBB

franconi.flavia@gmail.com

PSYCHOLOGISCHE ERKLÄRUNGSANSÄTZE UND KONSEQUENZEN

Das Virus hat das Leben aller Menschen in der EU massiv, plötzlich und ungewollt verändert. Diese drei Kennzeichen einer Krise – Unvorhersehbarkeit, Unbeeinflussbarkeit und negative Konsequenzen – führen zu einem extremen Gefühl des Kontrollverlusts. Die schockierenden Bilder aus Krankenhäusern haben sich in das gemeinsame europäische Gedächtnis gebrannt. Die Pandemie, die das Leben des Großteiles einer Bevölkerung massiv negativ beeinflusst hat, kann als kollektives Trauma bewertet werden.

Seit Februar 2020 wurden die menschlichen Grundbedürfnisse - Autonomie, soziale Zugehörigkeit und Kompetenzerleben – deutlich verletzt, was zu einer hohen psychischen Belastung für viele führt.

Durch die notwendigen Einschränkungen der sozialen Kontakte, brechen wichtige Verbindungen zu Familie, Freunden und Arbeitskolleg*innen weg. Dies zeigt sich besonders auch bei Menschen, die alleine leben oder bereits an einer psychischen Erkrankung/ Suchterkrankung leiden. Die Gefahr für einen Rückfall ist besonders für die Betroffenen groß, die bereits einen Entzug hinter sich haben. Das soziale Netzwerk, das als Stabilisator dient, ist in den letzten Monaten oft weggebrochen. Es zeigt sich auch jetzt schon eine vermehrte Nachfrage nach Therapieplätzen. Menschen, die bereits in therapeutischer Behandlung waren, erleiden häufig einen Rückfall. Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass Menschen in den nächsten 12-24 Monaten vermehrt psychische Störungen entwickeln werden. Die Abstands- und Hygieneregeln, aber auch die vorherrschenden Existenzängste, können dazu beitragen, dass soziale Phobien, Waschzwänge, Depressionen und generalisierte Angststörungen häufiger auftreten werden. Grundsätzlich sind psychische Erkrankungen gut behandelbar. Deshalb ist es notwendig, dass frühzeitig therapeutische Hilfe in Anspruch genommen wird, damit sich diese nicht chronifizieren und sich daraus langfristig eine Arbeitsunfähigkeit entwickelt. Die nationalen Gesundheitssysteme müssen sicherstellen, dass ausreichend und zeitnah Therapieplätze zur Verfügung stehen. Ebenso muss Mitarbeiter*innen aus den Krankenhäusern zeitnah die Möglichkeit gegeben werden, die traumatischen Erlebnisse und die gegebenenfalls vorhandenen Belastungsstörungen zu bearbeiten.

Das zweite Grundbedürfnis - Autonomie - wird durch die Corona-Beschränkungen zusätzlich massiv verletzt. Die Möglichkeiten den Alltag nach den eigenen Wünschen zu gestalten wurde in den letzten Monaten Grenzen gesetzt. In der Europäischen Union haben wir glücklicherweise in den letzten Jahrzehnten erleben dürfen, dass die Freiheit und die Individualität des Einzelnen immer wichtiger wurden. Leider hat diese Entwicklung auch ihre Schattenseiten. So muss die Gesellschaft mit einer zunehmende, rücksichtslosen Ichbezogenheit umgehen. Einzelne wähnen sich im Recht, dass all ihre eigenen Bedürfnisse sofort befriedigt werden müssen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für andere. Um hier einen Entwicklungsprozess anzustoßen, wird eine gesellschaftliche Diskussion über das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung notwendig sein. Diese hat mit dem Klimaschutz begonnen und wurde mit COVID auf die Probe gestellt. Eine gesellschaftliche Diskussion über diese Werte wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen.

Auch wenn das Erleben des Lockdowns von verschiedenen Faktoren (verfügbarer Wohnraum, mentale Stärke, Jobsicherheit, etc.) stark variiert, so hat sich doch das gesamte Miteinander verändert und wir haben die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft erlebt. Die Bedrohung der eigenen Existenz und des eigenen Lebens wurde zu einem kollektiven Erleben.

Gefühlt gibt es jeden Tag neue Änderungen und Beschränkungen, alles steht Kopf, es gibt keine einfachen Lösungen. Damit kommen viele nicht zurecht – die Unsicherheit ist nochmals gewachsen.

Krisen wirken wie ein Katalysator: Alles was in einer Gesellschaft rumort, wird beschleunigt und sichtbar.

Die Verunsicherung durch die steigende Zahl derer, die ihren Job oder ihr Unternehmen verloren haben und verlieren werden, wird in den nächsten Monaten noch wachsen. Ebenso werden einige Schwierigkeiten haben wieder Anschluss in der Schule oder Universität zu finden. Hier müssen genug Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit keine negativen Langzeitfolgen und keine Perspektivlosigkeit entstehen.

Das gilt für die Gesellschaft wie für das Individuum. In Krisen wird die eigene Selbstsicherheit auf die Probe gestellt. Wer zuvor schon zweifelte, bei dem treten Orientierungslosigkeit, Angst und Rechthaberei verstärkt zu Tage. Frust und Angst werden oft durch soziale Kontakte abgefedert, diese fehlen aber nun. Damit wächst die Gefahr von Eskalationen im Alltag und die Verrohung im Umgang mit Fremden. Manche schließen sich Verschwörungstheorien an, um wieder ein Gefühl der Sicherheit und Kontrolle zurückzuerhalten.

Um die massiven Einschränkungen und Lockdowns durchzuhalten und die Akzeptanz für diese Maßnahmen nicht zu verlieren, muss die Politik in ihrer Kommunikation auf Transparenz und

Verständlichkeit achten. Nur wenn die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen nachvollziehbar ist, bleibt die Bereitschaft - trotz der psychischen Belastungen – erhalten.

Auch wenn die Impfungen die Rückkehr zu mehr Normalität erlauben werden, die Folgen der Pandemie werden uns noch das gesamte Jahrzehnt beschäftigen.

Nadja Hirsch

Psychologin und ehemaliges Mitglied der ALDE, Deutschland (2009-2014 & 2017-2019)
privat@nadja-hirsch.de

ERNÄHRUNG UND COVID-19-VIRUS

Kurz zusammengefasst lässt sich sagen, das COVID-19-Virus (SARS-CoV-2) ist gekommen, um zu bleiben. Folglich wird es genauso zu unserer Zukunft gehören, wie auch der Klimawandel. Als Bevölkerung sind wir allesamt anfällig, uns mit dem Coronavirus anzustecken. Unser Immunsystem muss bestens funktionieren. Wenn wir an Übergewicht oder Adipositas leiden, sind wir für das Virus nicht nur eine leichte Beute; durch Fehlernährung kann das Immunsystem selbst geschwächt werden.

Es ist ratsam, die Wechselwirkungen zwischen Ernährung und Immunsystem zu verstehen, um es vor Infektionskrankheiten zu schützen, was im Verlauf unseres ganzen Lebens möglich ist, sodass das Immunsystem ständig in „höchste Alarmbereitschaft“ versetzt wird.

Was hat das Immunsystem mit Ernährung zu tun? Eine ganze Menge. Über 75 % des Immunsystems wird im Darm gebildet, wo die Darmflora mit ihren über zwei Milliarden „Arbeiter“ (Mikroorganismen) Nahrungsmittel in Moleküle umwandelt, die nützlich sind, um die Zellen des Immunsystems zu nähren, die nach Maßgabe der drei Grundwerkzeuge agieren: Immunglobuline, Cytokine und Antikörper sind nämlich dafür verantwortlich, die Durchdringung durch Angreifer zu verhindern oder diese Angreifer zu zerstören, zu denen natürlich auch das Coronavirus gehört.

Eine ausgewogene und hochwertige Ernährung ist selbstverständlich wesentlich, da sie das Ausgangsmaterial für die Entwicklung einer intakten Flora liefert. Im Gegenzug wird die Herstellung dieser Moleküle, die für die Gruppe der Immunzellen nützlich sind, durch eine fragwürdige, üppige, knappe oder unausgewogene Ernährung verändert:

- Mangel/Überschuss an Proteinen;
- Überschuss an raffiniertem Zucker und gesättigten Fettsäuren;
- Mangel an hochwertigen Fettsäuren;
- Alkoholmissbrauch;

- geringe Wasser- und Gemüseaufnahme.

Zu welchem Prozentsatz sollten diese Nährstoffe aufgenommen werden? Sehr empfehlenswert wäre, wenn die Nahrung im Wesentlichen zu 40 %–50 % aus Kohlenhydraten, zu 20 %–30 % aus Proteinen und zu 30 % aus Fetten maritimen oder pflanzlichen Ursprungs bestünde.

Überdies geht es bei der Stärkung des Immunsystems nicht nur darum, eindringende Erreger abzuwehren oder diese anzugreifen, vielmehr spielt das Immunsystem auch eine äußerst wichtige Rolle bei der Frage, ob die Alterung hinausgezögert oder beschleunigt wird.

Eine gute Ernährung bereitet den Organismus zweifelsohne darauf vor, eine Vielzahl von Unannehmlichkeiten überwinden zu können; diese Tatsache ist unwiderlegbar und kann das Leben eines jeden „Ungeziefers“ sehr erschweren. Wenn wir dann noch Nahrungsergänzungsmittel mit ins Spiel bringen, die als Immunstimulanzen gelten, ist die Aussicht auf Erfolg bei der Ausmerzungen dieser Eindringlinge um ein Vielfaches größer. Zweifelsohne wird der Verlauf einer COVID-19-Infektion mithilfe eines geeigneten Nahrungsmittel- und Nahrungsergänzungsmittelplans abgeschwächt, oder ein solcher Plan führt dazu, dass die mit der Erkrankung einhergehenden Beeinträchtigungen – wie in 80 % der Fälle – mild oder mäßig stark sind.

- Nahrungsmittel: Blaufisch, Krebs- und Weichtiere, Eier, Joghurt, Magerfleisch und Gemüse; selbstgemachte Knochenbrühe; Olivenöl; Hülsenfrüchte, Reis, getrocknete Früchte; Obst, insbesondere Citrus- und Waldfrüchte; reichlich Wasser;
- Multivitamine und Mineralien mit Zink, Eisen, Kupfer, Selen usw.;
- Vitamin C: 1–2 Gramm;
- Vitamin B-Komplex: 50 Milligramm;
- Omega-3-Fettsäuren: 2–4–6 Gramm;
- Vitamine E: 400 IE;
- Immunkompetentes Probiotikum;
- Konzentrierte Aminosäuren auf nüchternem Magen, ein Dessertlöffel in Wasser aufgelöst;
- AMPK500: 1–2 Tabletten;
- Reichlich Wasser, besser noch mit Zitrone;
- Ausreichende körperliche Betätigung; ideal wäre ein Spaziergang von mindestens 30 Minuten täglich;
- Nachtruhe von 7–8 Stunden;
- Unter keinen Umständen Stress.

Und was ist mit Wein? Wein ist das Elixier der Götter, heißt es. In einer Situation, in der eine perfekte „Reinigung“ von allen toxischen oder fremden Substanzen vonnöten ist, ist es nicht

ratsam, die Leber mit dem Abbau von Alkohol zu belasten. Genießen Sie nicht mehr als zwei Gläser (200 ml) Wein am Tag. Vermeiden Sie Spirituosen!

Arzneimittel und Impfstoffe müssen – wenn nicht heute, dann doch morgen – auf den neusten Stand gebracht werden. Was immer bleiben wird, ist das, was wir für unsere geistige und körperliche Verfassung getan haben. ***Wir müssen uns um unser eigenes „Haus“, um unseren Organismus mit Sorgfalt kümmern,*** um unser Immunsystem zu stärken, ***ohne jedoch dabei zu übertreiben.***

Durch Stress wird die Anzahl weißer Blutkörperchen, die bei der Bekämpfung von Infektionen behilflich sind, verringert. Je niedriger ihre Zahl wird, umso höher ist das Infektionsrisiko. Darüber hinaus wirkt sich eine sportliche Betätigung gleich doppelt auf das Immunsystem aus:

- Die Ausschüttung von Stresshormonen wird verringert.
- Die natürliche Immunabwehr wird gestärkt.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass im Kampf gegen einen schweren COVID-19-Ausbruch ein gesunder Lebensstil meine wichtigste Waffe war:

- ✓ ***agiles und logisches Denken;***
- ✓ ***kontinuierliche körperliche Betätigung;***
- ✓ ***Garten, See und Bauernhof.***

IM ZWEIFELSFALL WENDEN SIE SICH BITTE AN EINEN ARZT!

Dr. Carlos Enrique Rodríguez Jiménez

Arzt (Endokrinologie, Stoffwechsel und Ernährung)

Krankenhaus Beata María Ana, Madrid (Spanien)

presidenciaspe@yahoo.es

ÜBERBLICK ÜBER DIE PANDEMIE

Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) offiziell, dass eine COVID-19-Pandemie herrscht. Die ganze Welt stand unter Schock.

Was war der eigentliche Grund?

Wir Menschen des 3. Jahrtausends lebten in einer besseren Zeit als unsere Vorfahren. Die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten und der Kreativität des Menschen, aber auch der wissenschaftlichen Grundlagen der Medizin verlieh uns die Überzeugung, oder vielleicht die

Illusion, wir verstünden nicht nur Naturphänomene, sondern auch unseren Körper und unseren Geist. Anhand von Statistiken und Risikofaktoren lassen sich – je nachdem, wer sie erstellt – alle Ereignisse vorhersagen, von Wirtschaftskrisen bis hin zu einem möglichen Infarkt. Es schien, als könne über die strengen Vorhersageparameter hinaus nichts mehr geschehen.

Doch war das wirklich so?

Überhaupt nicht, und die COVID-19-Pandemie hat dies mit einer Reihe von Ereignissen gezeigt, die unser Leben im Handumdrehen veränderten und Gewohnheiten, Vorhaben und Programme über den Haufen warfen.

Nach Jahrzehnten der Sorgen um immer leistungsfähigere Vernichtungswaffen wurden wir von einem winzig kleinen Virus in die Knie gezwungen und regelrecht erniedrigt.

Die Gesundheitssysteme aller Länder gerieten unter Stress, vor allem in Ländern, die in den letzten Jahren die Ausgaben gekürzt hatten. In einigen Ländern mussten die Ärzte dramatische Entscheidungen treffen, weil es an Ressourcen fehlte: Sie mussten entscheiden, wer mehr das Recht auf Leben hatte als andere, was allen Regeln der Bioethik widerspricht. Wir haben schmerzhaft erfahren müssen, wie grundlegend Investitionen in die Prävention sind und dass sie unbedingt verstärkt werden müssen. Und hier war die Europäische Union ein absolut entscheidendes Organ, da die Verwaltung der Gesundheitssysteme zwar in den Händen der einzelnen Staaten liegt, die Prävention aber eine ausschließliche Zuständigkeit der EU ist. Mit dem Programm Healthy Gateways war die EU weltweit die erste, die Leitlinien für die Wiederaufnahme von Kreuzfahrten während der COVID-19-Krise veröffentlichte und so dazu beitrug, einen führenden Bereich der Tourismusbranche wieder anzukurbeln. Damit war die EU Vorbild für die gesamte weltweite Meeresindustrie und für die nationalen Meeresgesundheitsbehörden. Die WHO hingegen reagierte offensichtlich teilweise so langsam auf die Geschehnisse, dass ihr größter Geldgeber (die USA) sich veranlasst sah, heftige Konsequenzen zu ziehen. Wir hoffen, dass der neue Präsident Biden das von Trump verkündete Einfrieren der Gelder noch einmal überdenkt.

Während die Organe und Regierungen versuchten, der Pandemie mit maximalen Bemühungen und äußerstem Einsatz zu begegnen, damit die Bürger diese dramatische Zeit bewältigen können, lässt sich das von einigen Medien nicht gerade behaupten. Die Verbreitung widersprüchlicher Nachrichten führte tatsächlich zu erheblicher Verwirrung in Bezug auf das Tragen von Masken, die richtige Therapie zur Bekämpfung des Virus und das Testen und die Zusammensetzung der Impfstoffe. Unter anderem dadurch bildete sich in mehreren Ländern eine Bewegung unter dem Motto „No Vax“, deren Anhänger einerseits leugnen, dass es das Virus überhaupt gibt, und sich andererseits nun weigern, sich impfen zu lassen. Dies ist von grundlegender Bedeutung, denn es könnte verhindern, dass rasch eine

bestimmte Personenzahl geimpft ist (70 %), wodurch auch die übrige Bevölkerung geschützt wäre. Deshalb wird erwogen, möglicherweise eine Impfpflicht einzuführen, wie es auch in der Vergangenheit schon geschehen ist (z. B. bei den Pocken). Tatsächlich macht die Verbreitung des Virus – wie wir am eigenen Leib erfahren mussten – nicht an physischen Grenzen halt, und in sehr vielen EU-Staaten ist die Zahl der Grenzgänger für die epidemiologischen Parameter von Bedeutung. Die mögliche Ausgabe eines Gesundheitspasses, mit dem „grünes Licht“ für Reisen erteilt wird, könnte ein wirksamer Anreiz für die vielen Zweifler sein, sich doch impfen zu lassen.

Das könnte mit der Wissenschaft und den Präventionsvorschriften der Regierungen erreicht werden.

Doch wie sieht es mit den nicht minder erheblichen psychischen Auswirkungen der Pandemie aus?

Wenn, wie wir erlebt haben, ein winziges Virus unser Leben jederzeit auf den Kopf stellen kann, wie können wir es dann am besten wirksam bekämpfen? Das psychologische Gleichgewicht ist umso schwerer zu wahren, bedenkt man die Kluft zwischen Wissenschaft und Zufall, zwischen der Überzeugung, alles kontrollieren zu können, und der Fähigkeit, das Unvorhergesehene zu akzeptieren. Diese Kluft ist heute größer denn je. Um es mit den Worten Viktor von Weizsäckers, des Vaters der psychosomatischen Medizin, zu sagen: In keinem Physikunterricht der Welt definiert die Mechanik das Konzept der Kraft nicht als das Produkt aus Masse und Beschleunigung. Eine so allgegenwärtige Definition gibt es für das Konzept des Lebens nicht.

So wird eine der interessantesten Debatten der Moderne wieder angeregt: Wie können Wissenschaft und Instinkt, Intelligenz und Weisheit, Medizin und Philosophie oder, anders gesagt, Geist und Herz koexistieren?

Prof. Isabella De Martini

Ärztin und ehemaliges Mitglied

EKR, Italien (2013-2014)

isabella.demartini@outlook.it

QUARANTÄNE AUF DER INSEL SYROS

Seit 30 Jahren verbringe ich meine Sommerferien in meinem Ferienhaus in Chroussa auf der Insel Syros. Jeden einzelnen Sommer! Nach der ersten Welle der Pandemie kam ich im Juli von Athen auf die Insel. Ich hatte vor, bis zum „zweiten Sommer“ im Oktober zu bleiben. Wer hätte gedacht, dass ich auch den ganzen Winter hier verbringen würde! Chroussa ist ein wunderschönes, grünes und ruhiges traditionelles Dorf mit rund 100 Einwohnern. Insgesamt wohnen auf Syros 20 000 Menschen. Chroussa liegt auf sonnigen Hügeln und ist von Gärten mit Obstbäumen, Olivenbäumen, duftenden Pflanzen und vielen Nadelbäumen umgeben. Einst – zu einer Zeit, als sich die Strände geringerer Beliebtheit erfreuten – war es bei den Einwohnern der Inselhauptstadt Ermoupoli ein beliebter Erholungsort. Das zwei Kilometer vom Sandstrand in Vari entfernt liegende Dorf bietet herrliche Blicke über den Archipel und auf die Inseln Mykonos, Delos, Paros und Antiparos. Abends bietet sich einem ein sternenklarer Himmel, und die Schiffe, die noch auf dem Meer unterwegs sind, die Fischerboote, die Glühwürmchen, die Nachtvögel und die Lichter der Nachbarinseln zaubern eine traumhafte Atmosphäre.

Außerdem bietet Chroussa besondere Möglichkeiten für all jene, die gerne spazieren gehen, joggen, verwunschene Pfade und Wasserläufe entdecken und auf kopfsteingepflasterten Wegen wandeln. Und was für ein Paradies für Zugvögel! Der richtige Ort zum Entspannen, umgeben von den Klängen der Natur! Keine Tavernen, Bars oder Supermärkte. Nichts, was die Ruhe der Natur stören könnte. Bunter geht es acht Kilometer weiter zu: In Ermoupoli und im mittelalterlich geprägten Ano Syros findet man diverse Geschäfte, Kulturveranstaltungen, Museen, ein Krankenhaus, Sportangebote und verschiedene Dienstleistungen. Natürlich nur, wenn nicht alles wegen des Lockdowns geschlossen hat ...

Neben seinem guten mediterranen Klima und der Ruhe ist Chroussa auch dafür bekannt, dass seine Einwohner besonders alt werden. Bisher ist hier kein einziger Coronavirus-Fall aufgetreten! Man könnte fast meinen, die Ägäis schütze uns vor dem Übel der Pandemie. Ich hatte also gute Gründe, hier zu bleiben, als in Athen Anfang Oktober die zweite Welle der Pandemie losbrach. Mich den neuen Umständen anzupassen, war ein Leichtes. Die moderne Technik und die häufige Kommunikation mit meinen Freunden und Verwandten helfen mir dabei, mich wohl, sicher und gesund zu fühlen. Außerdem ist meine geliebte Katze bei mir – wie soll da Langeweile oder Einsamkeit aufkommen?

In meinem Haus gibt es alles, was man braucht, und vor allem eine sehr gute Bibliothek, die durch online bestellte Bücher, die mir bis an die Haustür geliefert werden, ständig erweitert und aktualisiert wird. Ich lese viel, nehme an Online-Konferenzen teil, höre Musik und schreibe ein Buch über die 200 Jahre, die seit dem Aufstand der Griechen gegen das Osmanische Reich im Jahr 1821 vergangen sind. Ich schreibe über den stillen Beitrag, den Frauen im Befreiungskampf und beim Aufbau des neugriechischen Staates geleistet haben.

Zu meinem Tagesprogramm gehört außerdem, gesund zu kochen, Pilatesübungen zu machen, ein bisschen im Garten zu arbeiten und eine Stunde zu wandern. So halte ich meinen Blutdruck unter Kontrolle. Einmal pro Woche kaufe ich im Supermarkt ein. Dabei trage ich eine Maske und halte Abstand. An Weihnachten hatte ich eine Person zu Gast, und an Silvester war ich zu einem Abendessen eingeladen, bei dem wir zu viert waren.

Weder bin ich ein großer Fan des Fernsehens, noch verschwende ich meine Zeit mit sozialen Medien. Aber jetzt habe ich doch zwei gute Fernsehsendungen entdeckt, die ich mir – neben den Nachrichten – regelmäßig ansehe: die französische Dokumentarserie „Des Trains“ mit dem fantastischen Philippe Gougler und die australische Serie „A place to call home“. Mein Fazit: Ich empfinde es als Privileg, hier auf Syros sein zu dürfen. Ich muss zugeben, dass ich mein Ferienhaus zum ersten Mal richtig genießen kann und jetzt frei von den Schuldgefühlen bin, die mich wegen der Wirtschaftskrise umgetrieben hatten, weil ich mein ganzes Vermögen in den Bau dieses Hauses gesteckt hatte. Jetzt denke ich sogar darüber nach, für immer hier wohnen zu bleiben! Möge 2021 das beste Jahr für alle werden, ohne Quarantäne!

Anna Karamanou

SPE, Griechenland (1997-2004)

annkaramanou@gmail.com

FMA ACTIVITIES

TOGETHER FOR THE FUTURE OF EUROPE

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Die Revolution der künstlichen Intelligenz (KI) bietet einzigartige Möglichkeiten, das Leben aller Bürger zu verbessern, geht aber auch mit neuen (unbekannten) Bedrohungen einher. Das vergangene Jahrzehnt war vom rasanten Fortschritt der KI und ihrer Anwendungen in unserer Gesellschaft geprägt. Die KI und die digitalen Technologien haben die Art, wie wir unser Leben organisieren und führen, grundlegend verändert. Wir haben die positiven und negativen Aspekte ihrer Nutzung in einer Vielzahl von Bereichen gesehen und sehen diese auch weiterhin.

Es klingt paradox, aber je erfolgreicher und einfacher die Nutzung KI-gestützter Systeme ist, desto unsichtbarer wird sie. Die Bürger werden zu geübten und begeisterten Nutzern, wissen jedoch nicht, wie diese Technologie tatsächlich funktioniert. Dadurch können Nutzer, die mit der Technologie zufrieden sind und nicht darüber nachdenken, was jederzeit mit ihren

personenbezogenen Daten und im Rahmen von deren Zusammenfassung mit den Daten zahlreicher anderer Nutzer passieren kann, leichter manipuliert werden. Dabei *wissen* die allermeisten Bürger wahrscheinlich, dass ihre Daten erfasst, gespeichert und analysiert werden. Agenturen und Regierungen wissen zwar auch um diesen Missbrauch, reagieren jedoch entweder nur langsam und nicht energisch genug oder gar nicht.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und die von der der hochrangigen Expertengruppe für künstliche Intelligenz (KI) erstellten Leitlinien für eine vertrauenswürdige und auf den Menschen ausgerichtete KI schaffen im europäischen Kontext Abhilfe. Unter den zahlreichen Veränderungen, die KI-gestützte Technologien in der Weltwirtschaft hervorgebracht haben, sticht das Wachstum von Internetplattformen am stärksten hervor. Waren sie vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie bereits vorherrschend, sind sie im Laufe der Pandemie nahezu allgegenwärtig geworden, da sich zahlreiche alltägliche Aktivitäten inzwischen online abspielen.

In diesem sich verändernden Kontext wird die KI Teil unseres Lebens, analysiert es und entscheidet, was für den Einzelnen in jeder Situation am *besten* ist, auch wenn wir diese Dienste nicht *explizit* in Anspruch nehmen. Die Art und Weise, auf die solche Unternehmen die Informationsflüsse und deren wirtschaftliches Potenzial steuern, stellt eine neue Bedrohung für eine gut funktionierende Demokratie dar. Andererseits ist auch die Reaktion der Bürger auf dieses dominante Auftreten neu: Teilweise nutzen sie dieselbe Infrastruktur, um sich zu organisieren und gemeinsam zu reagieren, lange bevor die Regierungen tätig werden.

Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Technologien, die unter dem Begriff KI zusammengefasst sind, und in Anbetracht dessen, dass das volle Ausmaß ihrer möglichen Auswirkungen auf die Grundrechte nicht allgemein bekannt ist, bedarf die rechtliche Definition von Begriffen im Zusammenhang mit KI möglicherweise einer regelmäßigen Überprüfung. Unternehmen und Regierungen müssen eine einfache, klare und präzise Sprache verwenden, die es den Nutzern ermöglicht, die tatsächlichen Auswirkungen der Nutzung eines intelligenten Werkzeugs und den Rechtsschutz, den der Staat gewährleistet, zu verstehen. Bislang lag der Schwerpunkt früherer Bewertungen der Auswirkungen von KI-gestützten Systemen auf technischen Fragen. Mögliche Auswirkungen auf die Grundrechte oder die Umwelt werden in diesen Bewertungen nur selten thematisiert. Die Aufsicht durch den Menschen beim Einsatz KI-gestützter Technologien ist unerlässlich, wenn diese Auswirkungen auf Lebewesen oder die Umwelt haben.

Anders als die KI hat der Mensch eine moralische und rechtliche Verantwortung. Daher fordere ich nachdrücklich, dass sich Politik und Wissenschaft den Herausforderungen, die sich aus ethischer Sicht ergeben, ebenso rasch stellen und sie bewältigen, wie sie sich der Prüfung faszinierender und spannender neuer Anwendungen von KI-gestützten Systemen widmen.

Eine vertrauenswürdige KI kann unsere Gesellschaft dabei unterstützen, ein angemessenes digitales Wohlbefinden zu erreichen, indem die Dienste in zentralen Bereichen wie Wissen und Wissenschaft, Gesundheit und Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung, Regierungsführung und gesellschaftliche Entwicklung sowie Medien und Unterhaltung verbessert werden.

Es ist gerade die Bestätigung der fehlenden digitalen Kompetenz der Bürger, die die ethische Verantwortung derer, die über die technischen oder rechtlichen Mittel zur Regulierung von KI verfügen, erhöht. Nichts zu unternehmen, um Abhilfe zu schaffen, ist an sich ein unverantwortliches Vorgehen, da es einen großen Teil der Bevölkerung schutzlos dem Risiko von Missbrauch aussetzt. Vor diesem Hintergrund ist die digitale und technische Bildung aller Bürger unabdingbar, um die technologische Souveränität in Europa zu erreichen. Unsere Gesellschaft muss lernen, mit KI umzugehen, und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft müssen die disruptive Kraft der Veränderungen durch KI genau kennen. Die Förderung der Digitalisierung von Grundschulen und Lehrkräften ist ein erster Schritt in diese Richtung. Zur Vorbereitung der Bürger auf das Leben in diesem digitalen Ökosystem muss unter anderem erreicht werden, dass sie die wesentlichen Kompetenzen erwerben, um die digitalen Technologien zu verstehen und zu nutzen, und zwar nicht nur als ein Instrumentarium von Kompetenzen und Fähigkeiten technischer Natur, sondern als eine Kombination aus Verhaltensweisen, Fachwissen, technischen und humanistischen Kenntnissen, Arbeitsgewohnheiten und -modalitäten und kritischem Denken insgesamt.

Wir, allen voran die Regierungen, müssen dafür sorgen, dass die Bevölkerung über digitale Kompetenz verfügt und die digitalen Technologien bewusst und verantwortungsvoll nutzt. Dies betrifft nicht nur die Nutzer von KI-gestützten Instrumenten. Digitale Kompetenz ist erforderlich, um sicherzustellen, dass die demokratischen Grundwerte Europas auch im digitalen Zeitalter gelten.

Ulises Cortés

Professor für Künstliche Intelligenz an der UPC

Wissenschaftlicher Leiter der HP-AI-Gruppe an der BSC

Koordinator des Ethik-WP in der AI4EU-Plattform

ia@cs.upc.edu

TECHNOLOGISCHE UND POLITISCHE INNOVATION BEDINGEN SICH GEGENSEITIG

In der Geschichte der Zivilisation geht es darum, die Zusammenarbeit einer wachsenden Zahl denkender Menschen zu fördern. Zusammenarbeit gründet sich ganz wesentlich auf Vertrauen. Unter Verwandten und Bekannten war Vertrauen naturgegeben, doch handelt es

sich dabei nur um einen kleinen Kreis an Menschen. Die Verwirklichung komplexer Projekte erfordert die Zusammenarbeit von Fremden. Zur Förderung einer solchen Zusammenarbeit entstanden Institutionen. Der Markt ist eine solche Institution, die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dient. Der politische Markt – die Demokratie – hat sich als leistungsfähige Institution für die allgemeine Zusammenarbeit von Einzelpersonen im Interesse öffentlicher Angelegenheiten bewährt.

Den Kern politischer wie auch wirtschaftlicher Märkte bilden Einzelpersonen. Auch in eher kollektivistischen Systemen wird die Nutzung der Intelligenz und Muskelkraft vieler Einzelpersonen organisiert, doch in Marktwirtschaften und Demokratien sind alle Menschen aufgefordert, für sich selbst, sprich kritisch, zu denken.

Die theologische Erfindung des Individuums, die Schwächung der auf verwandtschaftlichen Beziehungen fußenden Institutionen und das Aufkommen von Institutionen, die der Förderung der Zusammenarbeit zwischen diesen kritisch denkenden Individuen dienen, führten zur industriellen und wissenschaftlichen Revolution im Westen. Die westliche Gesellschaft ist auf Innovation hin optimiert, ist jedoch weniger gut gerüstet für Gehorsam. Dies offenbart sich in den sehr unterschiedlichen Erfolgen in Ost und West bei der Eindämmung der COVID-Pandemie. In Asien gelang die Eindämmung, weil die Menschen die Maßnahmen befolgten. Nicht so im Westen. Dafür wurden dort mehrere Impfstoffe entwickelt. Die Unterschiede traten auch in divergierenden wirtschaftlichen Erfolgen der sozialistischen und kapitalistischen Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zutage. Im sozialistischen Europa war es nur einer Minderheit gestattet, kritisch zu denken.

Menschliche Institutionen bedienen sich im Wesentlichen der Kommunikation, um einzelne Elemente miteinander zu verbinden. Daher hingen kooperative Organisationen jeder Art von der verfügbaren Kommunikationstechnologie ab. Im alten Griechenland beschränkte sich die Demokratie beispielsweise auf Männer, die auf öffentlichen Plätzen zusammenkommen und Rednern zuhören konnten. Demokratie in der uns geläufigen Form – mit Rechtsstaatlichkeit, ordnungsgemäßen Verfahren, einer informierten Wählerschaft usw. – hängt von der Drucktechnik als Kommunikationsmittel ab.

Die digitale Kommunikationstechnologie eröffnet neue Kommunikationskanäle. Damit sind neue Formen der Zusammenarbeit und neuartige Institutionen möglich. Das gibt Grund zu der Annahme, dass hieraus auch neue politische Institutionen hervorgehen können. Vor 500 Jahren brachte die Druckpresse die Wettbewerbsfähigkeit des Feudalismus zum Schwinden. Der Feudalismus war auch ein System zur Förderung der friedlichen Zusammenarbeit, das der Schaffung von Vertrauen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten diente. Aber die Demokratie war besser. Mit der Digitaltechnologie wird die Demokratie hinfällig werden. Dies gilt zumindest für die Form der Demokratie, die im

Kontext der papiergestützten Kommunikation von den Gründungsvätern in Verfassungen schriftlich niedergelegt wurde.

Es ist von großer Bedeutung, dass Europa auch künftig Innovationsgeist beweist und neue demokratische Institutionen entwickelt, wie es dies schon immer getan hat. Die Stärke Europas im Vergleich zu den Zivilisationen des Ostens ist nicht nur der Wettbewerb von Einzelpersonen untereinander, sondern auch der Wettkampf zwischen politischen Instanzen. Im Gegensatz zum Islam oder zu China bildete Europa kaum jemals einen monolithischen Block, sondern war in mehrere Einheiten unterteilt. Europa war immer stark, wenn seine Untereinheiten miteinander wetteiferten. Dies galt ebenso für die griechischen Stadtstaaten wie für die italienischen Städte der Renaissance, die Handelshäfen der Hanse oder die atlantischen Mächte, die die neue Welt eroberten.

Frei nach Sir Roger Scruton lässt sich sagen, dass die Europäer immer miteinander im Wettbewerb standen, sich aber immer ihrer Gemeinsamkeit – des jüdisch-christlichen Erbes – bewusst waren. Diese Kombination aus Einheit und Vielfalt ist auch ein Erfolgsrezept für unsere Zukunft. Einheit bei unseren zentralen Werten und Vielfalt mit Blick auf die Freiheit Möglichkeiten auszuloten, unterschiedliche Ansätze zu testen, voneinander zu lernen und voranzuschreiten.

Žiga Turk

Professorin an der Universität von Ljubljana - Slowenien, und Mitglied des Akademischen Rates des Martens-Zentrums

Ratesziga.turk@gmail.com

MEDIEN, INFORMATION UND DEMOKRATIE IN DER EU AM SCHEIDEWEG

Angesichts der Komplexität der derzeitigen Medienlandschaft infolge des Aufkommens des Internets wird es immer schwieriger, die wichtigsten Tendenzen in den Medien in Europa sowie auf politischer Ebene zu ermitteln.

Die „digitale Revolution“ ist zweifelsohne mit positiven Entwicklungen verbunden und ermöglicht es unter anderem, Informationen günstig zu produzieren und in großem Umfang zu teilen, wodurch die Wahlmöglichkeiten der Nutzer erweitert und neue Geschäftsmodelle, die auf dem neuen digitalen Ökosystem aufbauen, gefördert werden. Darüber hinaus beschleunigt sie das schrittweise Verwischen der Grenzen zwischen etablierten Medien und der Kommunikationsbranche, wodurch ähnliche Dienste, die in der Vergangenheit ausschließlich über vorab definierte Plattformen angeboten werden konnten, nunmehr mittels zahlreicher digitaler Technologien vertrieben werden können. Anders als zuvor übernehmen inzwischen neue Akteure Aufgaben in der Produktion und im Vertrieb von Mediendiensten, die noch bis vor kurzem ausschließlich (oder größtenteils) von traditionellen

Medienorganisationen wahrgenommen wurden. Einige „Vermittler“ spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, den Einfluss der durch die Medien erzielten Reichweite zu bestimmen. Die von diesen neuen Akteuren bereitgestellten Dienste sind inzwischen von wesentlicher Bedeutung, um Informationen zu finden, und machen aus diesen Vermittlern bisweilen Torwächter, denen im Rahmen der Massenkommunikation eine aktive und wichtige Rolle zukommt. Diese Dienste ergänzen die traditionellen Medienakteure und ersetzen sie sogar, sowohl auf Ebene der Verbraucher, indem sie die Art und Weise, wie Menschen auf Nachrichten zugreifen, verändern, als auch im Bereich der Produktion, indem sie das Geschäftsmodell der traditionellen Medien, das auf Werbung beruht, erschüttern, da sie in der Lage sind, Daten zu erheben und Menschen über Mikrotargeting gezielt anzusprechen. Folglich haben die neuen Vermittler an Bedeutung gewonnen, wenn es darum geht, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

Die digitale Revolution hat sich ferner auf das Konzept des Medienpluralismus ausgewirkt. Die neue Medienlandschaft ist gekennzeichnet durch eine Segmentierung des Publikums, die Verbreitung personalisierter Informationsdienste und eine algorithmengesteuerte Kommunikation, die auf der Erstellung von Verbraucherprofilen beruht. Zwar ist weithin anerkannt, dass eine pluralistische Medienlandschaft erforderlich ist, um die Integrität demokratischer Prozesse zu gewährleisten, aber welche Art der Kommunikation kann für den öffentlichen Diskurs als relevant erachtet werden, und nach welchen Kriterien sollte der Grad an Pluralismus der digitalen Medien in der neuen, fragmentierten digitalen Medienlandschaft bewertet werden?

Aus politischer Sicht sind all diese Entwicklungen von Bedeutung und haben Auswirkungen auf die Demokratie, die Gewaltenteilung und die Integrität demokratischer Verfahren, einschließlich der Wahlen, die letztlich das Herzstück der Demokratie sind und deren Wesen ausmachen.

Mit der außerordentlichen Entwicklung der audiovisuellen Dienste und der Kommunikationsdienste infolge des technologischen Fortschritts wurden die Voraussetzungen für ein umfassenderes Intervenieren und eine Ausweitung der Zuständigkeiten Europas in diesem ausgedehnten Bereich geschaffen. Die Herausforderung liegt darin, einen neuen Regelungsrahmen der EU festzulegen, der mit den Menschenrechtsnormen und der Rechtsstaatlichkeit im Einklang steht. Der Weg dahin muss nun im Rahmen des Vorschlags für ein Gesetz über digitale Dienste und im Einklang mit dem von der Kommission im Dezember 2020 veröffentlichten Aktionsplan für Demokratie festgelegt werden. Dieser Weg ist nicht nur von Bedeutung, um eine EU-Politik festzulegen, sondern auch wesentlich für den Beitrag zur internationalen Debatte über die Rolle der digitalen Vermittler, über den Schutz der Meinungsfreiheit im Internet und die geeignete Art der Steuerung digitaler Plattformen, damit die enormen Vorteile der Innovation genutzt und zugleich die wesentlichen Merkmale einer demokratischen Gesellschaft gewahrt und gefördert werden können.

Elda Brogi

Wissenschaftliche Koordinatorin des Zentrums für Medienpluralismus und Medienfreiheit am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) und Mitglied des Vorstandes von EDMO, European Digital Media Observatory
Elda.Brogi@eui.eu

DEMOKRATIE, MEDIEN, POLITIK

Heutzutage ist die Demokratie zahlreichen Bedrohungen ausgesetzt.

Einige haben ihren Ursprung in der digitalen Welt, den digitalen Instrumenten und der damit einhergehenden unglaublichen Entwicklung der sozialen Medien und deren unbeabsichtigten Folgen. Sehr häufig bleiben echte Debatten aus, weil alle Gruppen, die sich im Netzwerk bilden, in ihren Blasen eingeschlossen, extrem polarisiert sind und wie voneinander abgeschottete Volksstämme handeln. Außerdem fehlt es an echten, leistungsfähigen und glaubwürdigen Plattformen, deren Inhalte überprüft werden und mit deren Hilfe die Desinformation bekämpft werden könnte. Aber der wichtigste Grund hat mit dem Populismus und der neo-autoritären Form der Regierung in einigen Ländern zu tun. Die Demokratie und die demokratischen Spielregeln werden ausgehöhlt und offensichtlich besteht die Notwendigkeit, die Demokratie tatsächlich wiederherzustellen.

Es ist entscheidend, dass alle demokratischen Regeln beachtet werden: die Rechtsstaatlichkeit, die volle Unabhängigkeit des Justizsystems sowie die Unabhängigkeit und der Pluralismus der Medien, die als demokratisches, zivilgesellschaftliches Überwachungswerkzeug eine grundlegende Rolle spielen, sowie der offene Dialog als wichtigstes Instrument der Demokratie. Zum einen ist Medienkompetenz (auch in Bezug auf die digitalen Medien) erforderlich, zum anderen ein transparenter Medienmarkt unter Berücksichtigung der besonderen Funktion der öffentlich-rechtlichen Medien, die unparteiisch sein sollten.

Die polnische Situation ist besonders lehrreich.

Seit 2016 hängen die öffentlich-rechtlichen Medien Polens vollständig von der Regierungspartei ab und sind zu einem Werkzeug der Propaganda und Manipulation geworden. Vertreter der Oppositionsgruppen oder echter zivilgesellschaftlicher Organisationen haben keine Chance, ihre Sichtweise zu bestimmten Themen darzulegen, ohne dass Journalisten in ihrer Funktion als spezielle „Propagandaoffiziere“ ihre ideologischen Kommentare dazu abgeben. Es gibt keine Möglichkeit, die sozialen und politischen Prozesse unvoreingenommen zu erklären. Die Nachrichten sind total vereinfacht, emotional

aufgeladen und sie basieren auf der vorherrschenden, von den Populisten in die Welt gesetzte Sichtweise. Solche Art von Botschaften schaffen eine polarisierte Gesellschaft, und wenn diese extreme Polarisierung jeglichen Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verhindert, stellt dies eine echte Gefahr für die Demokratie dar. Außerdem gibt es keine transparente Aufsicht der öffentlich-rechtlichen Medien, denn der Nationale Medienrat wurde als politisches Gremium gegründet, das strikt von den Entscheidungen der Regierungspartei abhängig ist.

In den vergangenen Wochen hat der staatliche Mineralölkonzern Orlen „Polska Press“ von der „Verlagsgroupe“ erworben. Mit dieser Geschäftsentscheidung, mit der eindeutige politische Absichten verfolgt werden, werden 24 regionale Tageszeitungen, 120 Wochenzeitungen, 500 Websites, die sich an 17,2 Millionen Menschen richten, mit neuen – und wie viele vorhersagen – ideologisch beeinflussten Inhalten auf den Markt gehen. Die 17 Millionen Datensätze können künftig zum Beispiel bei Wahlkämpfen für das manipulative politische Mikro-Targeting genutzt werden.

Für die Wiederherstellung der Demokratie ist die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitgestaltung unerlässlich.

Zu diesem Zweck und um fundierte Entscheidungen treffen zu können, müssen sie angemessen informiert werden und ihnen muss eine echte Beteiligung und die Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse ermöglicht und garantiert werden.

Schlussfolgerung: Zur Wiederherstellung der Demokratie müssen die traditionellen Medien – und vor allem die öffentlich-rechtlichen Medien – im Einklang mit dem Grundsatz der Unparteilichkeit unabhängig, frei und pluralistisch sein. Aber in der modernen Welt gibt es ein neues Phänomen: die Menschen leben als On- und Offliner in einer hybriden Sphäre, weshalb die Bedeutung von sozialen Medien und Netzwerken für den Ausbau der Demokratie in Betracht gezogen werden sollte. Wir stehen vor der entscheidenden Herausforderung, der Desinformation entgegenzuwirken und gleichzeitig die Funktionalitäten der Algorithmen zu verändern, die die Menschen zu den Blasen und Echokammergruppen führen. Und natürlich brauchen wir alternative Lösungen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb der Kontrolle großer Technologiekonzerne kommunizieren können.

Michał Boni

Senior Research Associate, Martens Centre

Ehemaliger Europaabgeordneter und polnischer Minister für Arbeit und Sozialpolitik

miboni54@gmail.com

EIN FREITAGABEND IN CHICAGO

Am frühen Abend setzen sich die meisten Menschen in Brüssel an ihren Esstisch, doch in einigen Wohnungen wird stattdessen gerade eine Konferenzplattform im Internet hochgefahren. In Chicago ist es da gerade Mittag geworden, und Studenten der Universität Illinois Urbana-Champaign kommen dort im Zentrum für Europastudien zusammen, um das Thema Klimapolitik und Technologien mit ehemaligen MdEP zu erörtern. Gemeinsam mit Hans-Olaf Henkel aus Deutschland tauschen wir uns über die Klimaziele der EU, die Kosten der Energiewende, den Stellenwert der Technologie bei diesem tiefgreifenden Wandel, die kontrovers gesehene Rolle der Kernenergie bei der Dekarbonisierung, die Verlagerung von CO₂-Emissionen, den europäischen Grünen Deal, die durchgängige Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte beim nächsten MFR und viele andere Themen aus.

Nach einer kurzen Vorstellung der beiden Referenten und des Moderators Dr. Peter Christensen, seines Zeichens Umweltökonom am College für Agrarwissenschaft, Konsumenten- und Umweltforschung, durch den Direktor des EU-Zentrums, Dr. Emmanuel Rota, nimmt die Veranstaltung zu dem Thema „Das neue Tempo der Politik: Technologie und Nachhaltigkeit in der EU“ Fahrt auf. Wir sind uns alle einig, dass das wichtigste Merkmal des jüngsten Klimavorschlags der Kommission das ehrgeizige 55 %-Ziel bis zum Jahr 2030 ist. Im Vergleich zu den bisherigen Ambitionen der EU ist dieses Ziel wirklich bahnbrechend. Gleichwohl gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung von politischen Zielen dieser Art. Stellen sie wirklich eine wichtige Triebfeder für ein Europa ohne Kohlendioxidemissionen dar, oder liegt es letztlich an der Wirtschaft, für praktische Emissionssenkungen zu sorgen, während es sich bei den Zielen eher um politische Schlagwörter handelt? Die jeweiligen Standpunkte des Vertreters der Grünen und der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer weisen unverkennbar in unterschiedliche Richtungen. Olaf Henkel vertraut stärker auf die Maßnahmen und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsakteure. Ich bin hingegen der Ansicht, dass Innovationen, technische Entwicklungen und praktische Emissionssenkungen vielmehr durch politische Entscheidungen, Strategien und Programme ausgelöst werden. So wird in der Diskussion der Markt für erneuerbare Energien als Beispiel herangeführt. Jahrzehntelange anhaltende Unterstützung und das Engagement von Regierungen und der EU haben dazu geführt, dass erneuerbare Energien heute zu den preiswertesten und wettbewerbsfähigsten Energiequellen gehören, was den Wechsel zu einem nachhaltigen Energiesystem auch für die Industrie ökonomisch sinnvoll macht. Andere Meinungsverschiedenheiten betreffen die Rolle der Kernenergie bei der Dekarbonisierung, ihre Kosten und die ihr innewohnenden Risiken. Am stärksten tritt der Dissens jedoch bei der Frage zutage, ob Technologie an sich eine Lösung ist. Sie ist zweifellos von wesentlicher Bedeutung, aber allein mit ihr ist es nicht möglich, die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Vielmehr bedarf es meiner Ansicht nach

noch weitergehender systemischer Veränderungen in unseren Gesellschaften und Volkswirtschaften, in unserer Lebensweise, in der Gestaltung unserer Handelssysteme, Verkehrsnetze und der Landwirtschaft. Ein gemeinsamer Nenner lässt sich dann jedoch wiederfinden, wenn es um den nächsten MFR und das Aufbauinstrument der Europäischen Union NextGenerationEU geht. Es liegt auf der Hand, dass beide Finanzrahmen dazu dienen sollten, die Klima- und Nachhaltigkeitsziele der EU – die Dekarbonisierung des weltweit größten Binnenmarkts – bis 2050 zu erreichen.

Die Zeit verging bei der lebhaft geführten und hervorragend moderierten einstündigen Debatte und den klugen Fragen, die dabei gestellt wurden, wie im Flug, und es wurden dabei zwei unterschiedliche, aber jeweils mit guten Argumenten versehene Standpunkte zu diesem Thema präsentiert. Auf die Veranstaltung folgte eine Woche später ein gesondertes Seminar mit einer Reihe interessierter Studenten, bei dem ich Gelegenheit hatte, auf weitere Themen einzugehen, darunter die weltweit geführten Klimaverhandlungen, die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Nachhaltigkeit sowie meine persönlichen Erfahrungen als nationaler Abgeordneter in Ungarn im Vergleich zu meiner Zeit im Europäischen Parlament. Ich danke der Universität Illinois für die Einladung, und ich hoffe, dass die Studenten dadurch einen besseren Einblick in die Debatten erhalten haben, die derzeit in der EU geführt werden.

Benedek Javor

Grüne/EFA, Ungarn (2014-2019)

javor.benedek72@gmail.com

„DER EUROPÄISCHE GRÜNE DEAL: EUROPAS NEUE WACHSTUMSSTRATEGIE“

Es war mir eine große Freude, am Exzellenzzentrum „Colorado European Union Center of Excellence“ (CEUCE) der Universität von Colorado Boulder einen Gastvortrag halten zu dürfen. Strukturelle Herausforderungen fordern uns und verändern unsere Welt. Von der Klimakrise geht zweifellos die größte Bedrohung aus. Wir sehen, dass sich der Planet in gefährlichem Maße immer mehr erwärmt, und wir sind uns dessen bewusst, dass uns Untätigkeit sehr teuer zu stehen käme und möglicherweise das Fortbestehen des Menschen auf der Erde gefährden würde. Die Klimakrise hat auch eindeutig das Potenzial, alle Wirtschaftszweige erheblich zu beeinträchtigen, da technologische Störungen und regulatorische Eingriffe dazu führen werden, dass Vermögenswerte verlorengehen und neue Akteure auf den Märkten auftauchen, während andere verschwinden.

Daher habe ich diese Gelegenheit genutzt, um zu unterstreichen, dass es beim Grünen Deal eigentlich um viel mehr geht als nur um eine Verringerung der Emissionen, mit denen der Erderwärmung und ihren zunehmend verheerenden Auswirkungen entgegengewirkt werden soll. Der europäische Grüne Deal gilt als Leitinitiative der EU, an die andere Prioritäten

angepasst werden sollten, um für Kohärenz zu sorgen. Auch sehen wir diesen Wandel unserer Wirtschaft nicht nur als eine schwierige Herausforderung an. Die Neubelebung unserer Wirtschaft durch klimaneutrale Kreislaufwirtschaft kann auch neue Chancen eröffnen, Innovationen auslösen sowie unternehmerische Tätigkeit und technische Revolutionen befördern. Dadurch könnte man zudem die Lebensqualität in unseren Stadtvierteln verbessern und darüber hinaus Probleme der Ungleichheit beheben. Um eine stärker nachhaltige Welt zu schaffen, ist jedoch ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel unter Einbeziehung aller Akteure der Gesellschaft erforderlich.

Um tatsächlich eine sinnvolle Wirkung zu erzielen, muss der Wandel in allen grundlegenden Systemen, die die Art und Weise definieren, wie wir leben, arbeiten, essen, reisen und unsere Güter transportieren, tiefgreifend sein. Daher ist die politische Agenda, die derzeit als Aufgabe an uns gestellt wird, sehr breit angelegt. Obwohl die Gestaltung des Narrativs im weiteren Sinne und die einzelnen Bausteine so aussehen, als würde es sich dabei um von oben nach unten gerichtete Maßnahmen handeln, wird dies nur mit der Unterstützung auf allen politischen Ebenen und von allen Akteuren der Gesellschaft gelingen. Dies erfordert einen Ansatz, der alle relevanten Ebenen und Interessenträger berücksichtigt und bei dem unterschiedliche Akteure über Wertschöpfungsketten und einzelne voneinander getrennte Bereiche hinweg zusammengebracht werden. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, mit Unternehmen, politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Bürgern zusammenzuarbeiten, die bestrebt sind, eine dauerhafte Wirkung zu erzielen und eine stärker nachhaltige Welt zu erschaffen, indem Geschäftsmodelle überdacht, Strategien auf ihre Zukunftsfähigkeit abgeklopft und nicht nachhaltige Verhaltensweisen abgestellt werden.

Um die Agenda konkret erfahrbar zu machen, habe ich diese neue Sichtweise anhand einer unlängst verabschiedete Strategie, der Renovierungswelle, veranschaulicht. Die Fragen und Kommentare des Publikums drehten sich vor allem um die Frage, wie wir einen breiten Konsens in Europa über das weitere Vorgehen erzielt haben und wie wir dem Widerstand gegen Veränderungen begegnen können. Darüber hinaus erörterten wir die Auswirkungen auf das Finanzsystem, ein Thema, das im Rahmen der Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen in der EU angegangen wird.

Saïd El Khadraoui

S&D, Belgien (2003-2014)

said.elkhadraoui@skynet.be

MEIN RANZOOMEN

Im Mai nahm ich an meinem ersten „Zoom“-Seminar für den VEM an der Staatlichen Ilia-Universität in Tiflis teil. Die Veranstaltung selbst war eine angenehme neue Erfahrung für mich, denn die Studenten waren gut informierte eifrige Fragesteller, die ein hervorragendes Englisch sprachen. Für mich war es eine willkommene Gelegenheit, meine Kommunikationsfähigkeiten zu erweitern. Seitdem habe ich außerdem an einem „Webinar“ für den VEM an der York University in Toronto teilgenommen sowie an einer „Zoom“-Veranstaltung im Rahmen des Masterprogramms Euroculture an der Universität Göttingen, bei der der Kontakt vom VEM vermittelt worden war.

Als ich 1984 zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt wurde, dachte ich, bestens ausgerüstet zu sein, als ich jeweils eine Reiseschreibmaschine in mein Büro in Brüssel und in Straßburg mitbrachte. Außerdem hatte ich jeweils ein Transistorradio bei mir, um mich auf dem Laufenden zu halten.

Dann kam aber ein Faxgerät hinzu, später ein Pager, gefolgt vom Mobiltelefon, und als ich das Parlament im Jahr 1999 verließ, waren unsere Büros dort technisch so ausgerüstet, dass man damit ein Raumschiff hätte steuern können. Mein aktuelles Smartphone ist ein komplettes Büro in Taschenformat.

Als ich die Einladung des VEM im Rahmen von „Parliament to Campus“ des VEM annahm, war bei mir die Abenteuerlust geweckt. Ein Gefühl, wie es ein neues Reiseziel wie Georgien, ein Land, das ich noch nie besucht hatte, auslösen kann. Ich schaute zunächst in einen Atlas und nahm dann mein Lexikon aus dem Regal, das ich immer noch lieber als Google als Nachschlagewerk heranziehe, und las mir die Einträge zu der Universität, der Stadt und dem Land durch. Google kann aber auch sehr nützlich sein und schnell Hintergrundinformationen, zum Beispiel über die politische Lage im jeweiligen Land und seine Beziehungen zur EU, liefern. Dann gibt es die Reiseplanung, das Vergnügen an der Reise selbst, die Erfahrungen an einem neuen Ort, ein Gefühl für die Atmosphäre der Stadt, der Hochschule und des Unterrichtssaals. Natürlich habe ich auch im Hinblick auf meine Zoom-Veranstaltungen mit Genuss entsprechende Recherchen angestellt. Meine einzige wirkliche körperliche Betätigung war jedoch das Einstellen meines Laptops, das Anklicken des Links zur Einstellung der Lautstärke und die Suche nach dem besten Blickwinkel des Bildschirms. Und siehe da, anstatt alle Studenten versammelt vor mir zu erblicken, schaue ich plötzlich nur auf Köpfe und Schultern. Als das „Zoom-Seminar“ dann beendet ist, gibt es keine Möglichkeit für einen kleinen Plausch danach, sondern ich bin dann zurück in meiner Wohnung und die Studenten wieder in Tiflis bzw. Toronto, vielleicht mit einem Gefühl des Staunens und der Dankbarkeit für die neuen Technologien, jedoch ohne die schmerzlich vermisste Atmosphäre des persönlichen zwischenmenschlichen Kontakts.

Die Entdeckung eines COVID-Impfstoffs, was an sich schon ein hoffnungsvolles Beispiel für internationale Forschungszusammenarbeit ist, hat uns aber neuen Mut schöpfen lassen, und ich freue mich schon darauf, nächstes Jahr wieder nach dem Atlas im Bücherregal greifen zu können.

Michael Hindley

SPE, Vereinigtes Königreich (1984-1999)

mhindley1947@gmail.com

DER KAMPF FÜR DIE DEMOKRATIE: EINE DAUERHAFT AUFGABE, DIE PERMANENTE ANSTRENGUNGEN ERFORDERT

Am 17. November 2020 hatte ich Gelegenheit, eine Vorlesung an der York University in Toronto zu halten.

Diese war Teil einer Veranstaltungsreihe, die vom Institut für Politikwissenschaft der Hochschule organisiert wird. Die Universität wurde am [26. März 1959](#) – mit damals lediglich 76 Studierenden – gegründet. 2011 war die York University mit über 50.000 immatrikulierten Studierenden die drittgrößte Universität Kanadas.

Die Veranstaltungsreihe stand unter dem Titel JMC (Jean Monnet Guest Speakers, Glendon College).

Aufgrund der Pandemie fanden die Vorlesungen online statt. Dieses Format war angesichts der derzeitigen Lage notwendig. Es sollte jedoch eine Ausnahme bleiben, da die Diskussion online weniger lebhaft ausfällt.

Sie verlief jedoch trotz der bedauernden Umstände gut.

Professor Willem Maas, der die Reihe organisiert, eröffnete die Veranstaltung und stellte den Referenten vor. Während der Vorbereitung hatte mich Professor Maas gebeten, in erster Linie auf mein Engagement als Leiter einer deutschen politischen Stiftung einzugehen, die die politische Bildung in verschiedenen Ländern fördert.

Daher hatte ich mich für den obigen Titel entschieden.

Gemäß dem Format war eine zehnminütige Einleitung vorgesehen. Ich beschrieb zunächst die Aufgaben und Herausforderungen einer deutschen politischen Stiftung in Deutschland und im Ausland. Ebenso erläuterte ich die Finanzierung dieser Stiftungen. Dabei verschwieg ich nicht, dass die Finanzierung der politischen Stiftungen nahezu ausschließlich aus Steuermitteln in

Deutschland kontrovers diskutiert wird. Ich betonte in diesem Zusammenhang, dass ich die Existenz dieser Stiftungen als wichtigen Vorteil sehe.

Darüber hinaus umriss ich kurz die Geschichte dieser Stiftungen in Deutschland. Die politisch Verantwortlichen waren nach dem Zweiten Weltkrieg überzeugt, dass die politische Bildung in Deutschland gestärkt werden muss. Daher begannen die politischen Stiftungen damit, in Deutschland Angebote der politischen Bildung zu entwickeln. Ab den 1960er Jahren wurde diese Aktivität auf das Ausland ausgeweitet. Heute werden etwa 60 % der Mittel international ausgegeben. Das Budget der größten politischen Stiftung beläuft sich auf über 210 Millionen Euro pro Jahr. Dadurch kann sie weltweit mehr als 100 Büros finanzieren. Dementsprechend sind die deutschen politischen Stiftungen heute in ihren Bereichen der politischen Bildung eher Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit mit eigenen Verbindungsbüros. Die übrigen 40 % entfallen auf die Abteilungen nationale politische Bildung, politische Analyse, Studienstipendien und politische Archive.

Während der Diskussion fragten mich Studierende, ob die beiden Stiftungen, die das Wort „christlich“ im Namen tragen, dadurch auf die Zusammenarbeit mit christlichen Organisationen beschränkt werden. Dies habe ich verneint. Sie sind überall aktiv und verstehen ihr Engagement als vom Christentum motiviert, zumal diese beiden Stiftungen heute Personen unterschiedlicher Religionen und auch zahlreiche Menschen ohne Religionszugehörigkeit beschäftigen.

Eine andere Teilnehmerin stellte die Frage, ob die Schaffung europäischer Streitkräfte zu einem Risiko für das militärische Gleichgewicht in der Welt führen würde. Europäische Streitkräfte würden die NATO destabilisieren und im militärischen Bereich mit den Vereinigten Staaten konkurrieren. Nach dem Hinweis, dass ich kein Experte für Sicherheitsfragen bin, merkte ich an, dass die europäischen Streitkräfte nach meinem Verständnis die nationalen Streitkräfte strukturieren und stärken sollen. Dies ist eine in meinen Augen gute Idee. Mir erschließt sich nicht, warum diese vereinten europäischen Streitkräfte nicht anstelle der Mitgliedstaaten der EU Teil der NATO sein können.

Abschließend äußerte eine Teilnehmerin die Auffassung, dass die Schaffung vereinter Streitkräfte möglicherweise nicht geeignet ist, um die europäische Integration auszubauen. Ein Gedanke, den ich für recht bemerkenswert halte.

Die Veranstaltung dauerte nur eine Stunde. Ich bedanke mich bei Professor Willem Maas, den Studierenden und den übrigen Teilnehmern.

Dr. Stefan Gehrold

EVP-ED, Deutschland (2018-2019)

dr_st_gehrold@yahoo.de

**„EU FINANCING FOR THE NEXT DECADE: BEYOND THE MFF AND THE NEXTGENERATION EU“ (EU FINANZIERUNG FÜR DAS NÄCHSTE JAHRZEHNT: JENSEITS VON MFR UND NEXTGENERATIONEU) VON BRIGID LAFFAN UND ALFREDO DE FEO,
VERLAG EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE, 2020**



EU Financing for Next Decade
Beyond the MFF 2021-2027 and the Next Generation EU
Editors: Brigid Laffan & Alfredo De Feo

Im Oktober 2019 lud uns das Europäische Hochschulinstitut ein, gemeinsam mit einer Reihe von Akademikern und anderen Praktikern an einem anregenden Workshop zum MFR 2021–2027 teilzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war Ursula von der Leyen bereits Kommissionspräsidentin und wartete auf die Bestätigung der Kommissionsmitglieder. Die Vorschläge zum MFR lagen auf dem Tisch, das Parlament war bereit, Verhandlungen zu eröffnen, und wartete darauf, dass der Rat seine Position definiert. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, dass der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) einer der wichtigsten Momente im Leben der

EU ist, in dem die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen die Richtung Europas festlegen: die Antworten auf die Herausforderungen und Erwartungen. Die Verhandlung über den MFR ist einer der seltenen Momente im Leben der EU, der die Aufmerksamkeit der nationalen Medien auf sich zieht. Diese Verhandlungen verlaufen stets nach demselben Muster, in dem alle Akteure ihre Rollen spielen, manchmal mit dramatischen Tönen, an deren Ende aber ein Abschluss steht, einer der klassischen Euro-Kompromisse, über den alle gleichermaßen unglücklich sind.

Alles schien diesem bekannten Muster zu folgen, als sich plötzlich im März 2020 die Situation änderte. Die COVID-19-Pandemie ergriff nach und nach alle europäischen Länder. Obwohl Gesundheit nicht zu den Zuständigkeiten der EU gehörte, wurden Stimmen laut, die eine stärkere europäische Koordination forderten, und plötzlich erwachte die Kommission aus ihrem Dornröschenschlaf und präsentierte im Mai 2020 einen „revolutionären“ Vorschlag, und selbst der Europäische Rat überraschte alle, indem er nur wenige Wochen nach dem Vorschlag Einstimmigkeit über den Plan zum Aufbauinstrument der Europäischen Union erzielte.

Der vorliegende Band, der die Beiträge der verschiedenen Autoren zusammenträgt, bietet einen Gesamtüberblick über alle Themen, die vom MFR und NextGenerationEU berührt werden, mit dem Ziel, die Potenziale aufzuzeigen, die sie entwickeln könnten. Unser persönlicher Beitrag basiert auf den Erfahrungen, die wir während unserer Jahre im EP sammeln durften. Wissenschaftler, Studenten und Praktiker finden in diesem Buch Ideen,

Anregungen und Kritikpunkte, die weit über die aktuelle Debatte hinausgehen und auch in Zukunft eine Quelle der Inspiration sein werden.

Die endgültige Einigung, die der Europäische Rat im Dezember 2020 mit Zustimmung des Europäischen Parlaments erzielt hat, ermöglicht es, den nächsten Programmplanungszeitraum mit einer Europäischen Union zu beginnen, die stärker und widerstandsfähiger ist, um die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts zu bewältigen. Ausgelöst durch die tiefgreifende Krise gelang damit im Jahr 2020 innerhalb von drei Monaten ein dreifacher Durchbruch, den das Parlament dem Rat zwei Jahrzehnte lang nicht hatte abtrotzen können: die Freigabe des Betrages, die Emission eines gemeinsamen europäischen Schuldtitels, der Beschluss zur Schaffung echter neuer Eigenmittel zur Rückzahlung dieser Schulden. Aber diese beispiellose Anstrengung war dazu gedacht, politische Maßnahmen auf nationaler Ebene zu finanzieren, sehr zum Nachteil der europäischen Politik. Die große Frage lautet jetzt: Werden die Organe der Union nach Überwindung der Wirtschaftskrise willens und in der Lage sein, ein solches Finanzarsenal aufrechtzuerhalten und auf die Finanzierung der europäischen Politik durch den MFR neu auszurichten?

Das von Brigid Laffan und Alfredo De Feo herausgegebene Buch steht unter folgender Adresse frei zur Verfügung:
<https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/69015/EU%20Financing%20for%20Next%20Decade.pdf?sequence=2&isAllowed=y>.

Reimer Böge

EVP-ED, Deutschland (1989-2019)
boegereimer@gmail.com

Ivailo Kalfin

S&D, Bulgarien (2009-2014)
ikalfin@gmail.com

Alain Lamassoure

EVP-ED, Frankreich (1989-2019)
a.lamassoure@wanadoo.fr

**„ELOGIO DELL’ASSEMBLEA, TUTTAVIA“ VON ANDREA MANZELLA,
VERLAG MUCCHI, 2021**

Das „tuttavia“ („aber“) im Titel des „parlamentarischen“ Pamphlets von Andrea Manzella – voll von Verfassungslehre und praktischer Erfahrung in diesem Bereich, im Europäischen Parlament, im italienischen Parlament und im Europarat – bezieht sich unmittelbar auf die

verfassungsgebende Versammlung Italiens. Das Wort stand in einer noch in der Zeit vor der Verfassung gebilligten Tagesordnung: Es sollte die Gefahr der Entartung des Parlamentarismus verhindern, die den Weg für den Faschismus und zwanzig Jahre Diktatur geebnet hatte. Daher wurden institutionelle Maßnahmen gefordert, um insbesondere gegen das Problem der instabilen Regierung vorzugehen. In fast achtzig Jahren jedoch ließen sich lediglich zahlreiche Fälle verzeichnen, in denen dieses „aber“ nicht zur Anwendung kam, was vor allem für die Stabilität des institutionellen und demokratischen Systems Italiens schwerwiegende Folgen hatte.

Manzellas „Lob“ des Parlaments klingt daher auch wie eine Warnung – für alle und überall – und regt zu innovativen Lösungen auf einer soliden, unumstößlichen Grundlage der Rolle der Versammlung an. Auf übersichtlichen Seiten definiert der Verfasser ihre ursprüngliche, die Zeit überdauernde Funktion als Struktur, die für die politische Organisation der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist. Durch die Versammlung werden einzelne, getrennte Energien gebündelt. Es entsteht ein geeintes Miteinander, das autonom wird: So wird die Gewalt in der Gesellschaft eingedämmt, Konflikte werden geregelt, Selbstwahrnehmungsprozesse bestimmt und die Schaffung einer gemeinsamen Identität bedingt.

Die Versammlung ist die Seele der Parlamente, bringt ihre Dynamik zum Ausdruck und führt durch dialektische und öffentliche Diskussionen und Entscheidungen die zersplitterte Menge wieder zu einem Ganzen zusammen. Manzella beschreibt diese einende zentrale Rolle mit einem suggestiven Bild: „die Kirche im Dorf“.

Diese Überlegung zur aktuellen politischen und parlamentarischen Krise entwickelt sich im ständigen Verhältnis zu den Verfassungen und Auslegungen der Verfassungsgerichte. Die Verzerrungen der politischen Gegebenheiten werden registriert, aber auch mit Blick auf die Zukunft betrachtet, um das Verhältnis zwischen Vertretung der Gesellschaft und politischer Vertretung neu zu formen.

Manzella hält es für unausweichlich, dass sich das Parlament mit der Informationsgesellschaft auseinandersetzen muss, die nun durch die digitale Revolution geprägt wird: Es muss die Strukturen, die Verfahren, die Vorschriften und die eigentliche Ausübung des parlamentarischen Mandats überdenken, damit ein neues „verbreitetes und vernetztes Parlament“ entsteht.

Dieses treffend formulierte Büchlein – geschrieben inmitten der Pandemie, während die einzelnen Staaten Rechtsordnung auf Rechtsordnung folgen ließen, die die demokratische Qualität erheblich gefährdeten – ist eine dringende Mahnung an die Politik, die Parlamente wieder zu starken, zentralen Organen zu machen, aus den alten Strukturen auszubrechen, sich den Herausforderungen zu stellen und im Einklang mit der Europäischen Union Neuerungen zu schaffen. So gebe es Aussichten, dass die ausgelaugte Demokratie wieder aufatmen und

neue Kraft schöpfen kann. Denn gerade durch lebendige parlamentarische Versammlungen kann die Demokratie ihre Regenerationsfähigkeit wiedererlangen.

Gerardo Bianco

EVP-ED, Italien (1994-1995)

LATEST NEWS

IN MEMORIAM

VALÉRY GISCARD D'ESTAING

Mit Valérie Giscard d'Estaing verliert Frankreich einen großen Staatsmann, Europa einen großen Europäer. Ohne das vorbildliche europapolitische Engagement von Valérie Giscard d'Estaing könnte ich diese Zeilen nicht schreiben. Valérie Giscard d'Estaing ist es mit zu verdanken, dass vom 7.-10. Juni 1979 erstmals in der Geschichte Europas ein Europäisches Parlament direkt von den Völkern der damaligen Europäischen Gemeinschaft, der heutigen Europäischen Union, gewählt wurde. Valérie Giscard d'Estaing gehört zu den Gründervätern des Europäischen Parlaments. Die Entwicklung einer europäischen Demokratie war Valérie Giscard d'Estaing ein großes Anliegen. So kandidierte er nach seiner Amtszeit als Präsident Frankreichs für das Europäische Parlament. Bei meiner Wahl ins Europäische Parlament im Jahre 1979 hätte ich mir nicht vorstellen können, dass wir einmal Kollegen, zunächst im Europäischen Parlament und dann in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) werden würden. Bei der Wahl von Leo Tindemans zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Januar 1992 warfen wir nacheinander unser Wahldokument in die Wahlurne.

Als Valérie Giscard d'Estaing Vorsitzender des Konvents zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung wurde, war es für mich als Vorsitzenden der EVP-Fraktion eine Freude und ein Privileg, Valérie Giscard d'Estaing die uneingeschränkte Unterstützung unserer Fraktion zuzusichern. Leider wurde die Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden bei Referenden abgelehnt, aber zusammen mit Valérie Giscard d'Estaing haben wir dafür gearbeitet, dass die Substanz des Verfassungsvertrages erhalten wurde. Das Ergebnis war der Vertrag von Lissabon, der heute eine Art Verfassungsgrundlage der Europäischen Union ist. Ohne Valérie Giscard d'Estaing wäre dies so nicht möglich gewesen.

Valérie Giscard d'Estaing war ein Freund von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Bei den Trauerfeierlichkeiten für Helmut Schmidt am 23. November 2015 im Hamburger Michel trafen Valérie Giscard d'Estaing und ich zufällig beim Hinausgehen aus der Kirche zueinander, und ich konnte Valérie Giscard d'Estaing nach draußen begleiten, wo die militärische Zeremonie zu Ehren von Helmut Schmidt stattfand. Dort trafen wir die Bundesminister Peter Altmaier und Thomas de Maizière, die ich Valérie Giscard d'Estaing vorstellen konnte. Peter Altmaier sagte, dass er stellvertretendes Mitglied im Konvent gewesen sei, Valérie Giscard d'Estaing also sein Präsident. Und die Vorfahren von Thomas de Maizière waren aus Frankreich ausgewandert, um als Hugenotten im damaligen Preußen eine neue Heimat zu finden.

Valérie Giscard d'Estaing war vor einigen Jahren Initiator von „Re-Imagine Europa“, einer Reflexionsgruppe, die über die Zukunft Europas nachdenkt und Vorschläge für die „Konferenz zur Zukunft Europas“ unterbreitet. Dankbar bleibe ich Valérie Giscard d'Estaing dafür, dass er mich gebeten hat, an dieser Initiative mitzuwirken. Dies hat uns in den vergangenen Jahren sowohl in Berlin bei der Konrad-Adenauer-Stiftung als auch in Paris in seinem dortigen Haus zusammengeführt. Die vielen bereichernden Gespräche mit Valérie Giscard d'Estaing werden mir immer in guter Erinnerung bleiben.

Die Einigung Europas war Valérie Giscard d'Estaing ein Anliegen des Herzens und des Verstandes. Uns bleiben die europäischen Überzeugungen von Valérie Giscard d'Estaing Ansporn und Vermächtnis für die Zukunft. Bei der nun beginnenden „Konferenz zur Zukunft Europas“ werden wir in Erinnerung an Valérie Giscard d'Estaing in seinem Sinne für die Einigung Europas engagiert bleiben. Dabei lassen wir uns von dem Bewusstsein leiten: Unsere europäischen Werte - Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden – werden wir in einer unsicheren Welt nur verteidigen können, wenn die Europäer in der Europäischen Union einig, stark und entschlossen sind. So wollen wir das Vermächtnis von Valérie Giscard d'Estaing in die Zukunft tragen.

Hans-Gert Pöttering

Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments
Vorsitzender des VEM

(Dieser Text ist eine Anpassung des Briefes des Präsidenten Hans-Gert Pöttering an den Sohn von Herrn Valéry Giscard d'Estaing, Louis Giscard d'Estaing).

DAS ZWEITE LEBEN VALÉRY GISCARD D'ESTAINGS

Durch das lange Leben, das Valéry Giscard d'Estaing vergönnt war, kam er in den Genuss eines bei Politikern recht seltenen Privilegs: Vierzig Jahre nach seiner Abwahl interessierte sein Tod eher Historiker als Journalisten. Von allen Seiten und in zahlreichen Ländern wurde die Europapolitik des ehemaligen französischen Staatspräsidenten hervorgehoben und gewürdigt. Vor allem sein enges, freundschaftliches Verhältnis zu Bundeskanzler Helmut Schmidt erleichterte die Schaffung des Europäischen Rates, die Direktwahl des Europäischen Parlaments sowie die Einführung des Europäischen Währungssystems, den notwendigen ersten Schritt auf dem Weg zum Euro. Dies ist bereits beachtlich.

Damit bleibt allerdings ein wichtiger Teil des Wirkens Giscard d'Estaings für Europa unerwähnt. Denn an seine Abwahl aus dem Präsidentenamt schloss sich ein zweites politisches Leben an, das in großem Maße Europa galt. Da er überzeugt war, dass die wichtigen Entscheidungen für die Zukunft Frankreichs zunehmend in Europa getroffen werden, wollte er stärker auf dieser Ebene wirken und wurde Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion und später als einfaches Mitglied der EVP unterstützte er die ersten demokratischen Bemühungen in Berlin, als die Mauer infolge

der Entwicklungen in Polen und Ungarn brüchig geworden, aber noch nicht gefallen war. Vor dem Vertrag von Maastricht, während des schwierigen Ratifizierungsprozesses und im Zuge der aufwendigen Vorbereitung seiner Umsetzung setzte er sich wiederum zusammen mit Helmut Schmidt unermüdlich für die Währungsunion ein.

Doch vor allem als Präsident des Europäischen Konvents in den Jahren 2002 und 2003 konnte er sich in vollem Maße als großer Europäer zeigen. Hier fand er eine Rolle, die seinem Anspruch für Europa gerecht wurde. Auch wenn sein Stil zuweilen polarisierte, waren sein Wissen und sein Know-how außerordentlich wirkungsvoll. Während er sich bei Bedarf auf ein hochkarätiges Präsidium stützen konnte, denn er hatte sich persönlich dafür eingesetzt, dass er mit Menschen zusammenarbeiten konnte, die er selbst als beste europäische Experten der jungen Generation bezeichnete, verfolgte er konsequent seinen Kurs, blieb beim Navigieren des Schiffes jedoch stets flexibel. In den letzten Wochen, als der Irak-Krieg zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen den Regierungen geführt hatte, schmiedete er eine Allianz zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Abgeordneten der nationalen Parlamente, damit schlussendlich dieser erste echte Entwurf eines Verfassungsvertrags verabschiedet werden konnte: Mehr als 200 Mitglieder, die alle Regierungen und alle größeren Parteien sämtlicher Mitgliedstaaten der EU und Beitrittskandidaten repräsentierten, stimmten dem Konsens zu.

Allerdings war diese Sternstunde nur von kurzer Dauer. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden empfand er als ebenso schmerzhaft wie seine Wahlniederlage im Jahr 1981. Doch auch wie 1981 hinterließ sein Wirken nachhaltige Spuren. Denn nur wenige Jahre später fanden 95 % des Verfassungsentwurfs in anderer Form Eingang in den Vertrag von Lissabon. Mit der zweifellos bedeutsamen Ausnahme des EU-Haushalts verfügt die Union nun über unbestrittene Zuständigkeiten, stabile Institutionen und eine demokratische politische Architektur, die sich – ohne diesen Namen zu verwenden – an einem parlamentarischen, föderalen Modell orientiert. Auch wenn ihr Name bereits vor ihrer Einführung geändert wurde, wird der Geist der „Giscard-Verfassung“ die Europäische Union für lange Zeit prägen.

Noch einige Wochen vor seinem Tod leitete der selten zufriedene, aber nie mutlose Valéry Giscard d'Estaing die Arbeit seiner neuen Stiftung, der er den mehrsprachigen Namen „*Re-Imagine Europa*“ gegeben hatte. Nun ging es ihm darum, Ideen für das Europa des Jahres 2040 zu entwickeln. Große Menschen sterben nie.

Alain Lamassoure

EVP-ED, Frankreich (1989-2019)

a.lamassoure@wanadoo.fr